Das Zuchthaus als politische Waffe

Die demokratische Republik ist das Herrschaftsinstrument des Kapitalismus auf der Stufe seiner höchsten Entwicklung. Die Klassenscheidung hat einen Grad erreicht, wo die herrschende Klasse ihre Lohnsklaven nur noch durch Zuckerbrot und Peitsche regieren kann. Auf der einen Seite ist das Mittel der demokratische Betrug die „Wohlfahrt", die Bettelpfennige für die ausrationalisierten überflüssigen Presser, die Wirtschaftsdemokratie, der Schlichtungsschwindel, die Arbeitsgemeinschaft, der Wahlbetrug, auf der anderen Seite die barbarischen Strafen, welche die Klassenjustiz des Kapitalismus zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung verhängen muß.

Ueber den unmenschlichen Terror, den die demokratische Justiz im Interesse der Klassenherrschaft verhängen muß, gibt uns die ausgeprägteste Demokratie selbst Aufschluß. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" hat eine Denkschrift über die politische Justiz zusammengestellt, die sie dieser Tage dem Justizministerium überreicht hat. *)

Es wurden wegen Landesverrat, Hochverrat, Spionage und feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten verurteilt:

In den Jahren	Personen
1896—1905	126
1906—1914	232
1915—1918	697
1919—1921	164
1922—1924	1072

Das macht pro Jahr aus in den Jahren 1896—1905 12 Personen, 1922—1924 aber 357 Personen jährlich. Das ist die Demokratie, die Gewerkschaften und Sozialdemokratie gegenüber dem „alten System" so preisen; eine mehr als vierzigfache Steigerung der Verurteilungen wegen „Landesverrat" und „Spionage", denn nur solche sind für die Nachkriegszeit gezählt, während in der Vorkriegszeit auch Hochverrat und feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten mitgezählt sind.

Um den Ausbeutern zu demonstrieren, daß ihr Raub durch die Demokratische Republik am sichersten geschützt ist und daß in ihr gegen die Verächter der kapitalistischen Gesetze die barbarischsten Strafen verhängt werden, war auf der von dem sozialdemokratischen preußischen Innenminister und dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten veranstalteten Berliner Polizeiausstellung im Oktober 1926 eine graphische Darstellung zu sehen, welche die Zahl der Landesverrats- und Spionageprozesse veranschaulichte. Die Liga für Menschenrechte hat diese in ihrer Justizdenkschrift wiedergegeben. Danach wurden verurteilt wegen Landesverrat und Spionage:

Im Jahre	Zahl der Personen	Verhängte Freiheitsstrafen in Jahren
1907—14 jährlich	20	
1919	36	194
1920	36	70,2
1921	92	244,2
1922	237	564,9
1923	197	513,7
1924	638	1278,4
1925	192	645

Auch hier sind wieder für die Vorkriegszeit Verurteilungen wegen Hochverrat und feindlicher Handlungen gegen befreundete Mächte mitgerechnet, für die Nachkriegszeit aber nur Landesverrats und Spionageprozesse. Zieht man diesen Umstand in Betracht, so weist die Republik im Jahre 1924 wohl sicher die 70—80fache Anzahl der Bestrafungen auf. Das „Recht" der demokratischen Justiz wird aber erst im rechten Licht gerückt durch den Umstand, daß in der Vorkriegszeit wegen dieser Delikte fast ausschließlich nur Lumpe verurteilt wurden, die militärische Geheimnisse an eine fremde Macht verkauften.

Heute aber werden z. B. auch wegen „Landesverrat" Arbeiter verurteilt, die sich gegen faschistische Ueberfälle zur Wehr setzen oder Journalisten, die z. B. schreiben, daß die „Arbeitskommandos" der Reichswehr militärisch organisiert und ausgebildet sind. Die demokratische Justiz hat z. B. schon Pressemeldungen über Waffenlager und Standort von Meuchelmördergruppen wegen „Landesverrat" bestraft.

Den Unterschied zwischen dem „alten System" und der Demokratischen Republik zeigt kraß die Gegenüberstellung der Verurteilungen wegen der genannten Delikte:

1907—1913 136 Verurteilte 426,2 Jahre Freiheitsstrafen
1919—1925 1428 Verurteilte 3420,4 Jahre Freiheitsstrafen
Rund ¾ aller Strafen sind Zuchthausstrafen.

Der Name Zuchthausdemokratie ist also gerechtfertigt. Und dieses System preisen SPD., Gewerkschaften und KPD. den Arbeitern als das geeignetste an, in dem sich die Arbeiterbewegung am besten entwickeln kann! Der fürchterliche Justizterror der Demokratischen Republik beweist natürlich nicht, daß die Monarchie eine bessere Herrschaftsform war. Er beweist nur, daß der Kapitalismus in einer Sackgasse ist und daß er heute zur Niederhaltung der Ausgebeuteten und Ausrationalisierten einen schärferen Terror ausüber muß als zu jener Zeit, als die Absatzmärkte noch ausreichten, die Lohnsklaven etwas besser zu ernähren.

Nich anders als mit den genannten politischen Delikten wird es mit andern politischen Verurteilungen stehen, z. B. wegen Pressevergehen, Widerstand gegen die Staatsgewalt u. a. Das „alte System" sperrte z. B. Journalisten der Arbeiterklasse ein um sie für einige Zeit vom Kampf gegen die Brutalitäten gegen die Arbeiterklasse abzuhalten und abschreckend zu wirken, achtete sie sonst aber mehr als „kriminellee Verbrecher". Die Demokratie hat dafür das „Auf-der-Flucht-erschießen" eingeführt, während Mörder mit echten Pässen gemächlich ins faschistische Ausland verreisen.

Die Verurteilungen wegen „krimineller Verbrechen" dürften verhältnismäßig gegen früher nicht viel anders aussehen. Auch die „kriminellen Verbrechen" aber sind heute in viel stärkerem Maße politische Delikte als früher. Alle die Eigentumsvergehen sind als politische Delikte anzusehen, die begangen wurden von Opfern des Kapitalismus, die dieser existenzlos machte, weil sein Kampf um Dasein dies erforderte. Politisch sind auch alle Vergehen, die der Kapitalismus an seinen Erziehungsopfern bestrafte. Alle heute von der Demokratie verhängten Strafen entspringen der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie werden erst verschwinden, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Die Liga für Menschenrechte, die die Demokratie etwas ins Licht rückt, ist nun am wenigsten berufen, sich über die Justiz der Demokratischen Republik aufzuhalten. Sie selbst ist die Mitschuldige. Sie steht auf dem Boden der Ausbeuterordnung und verteidigt sie. Diese famose Liga tritt nur für Opfer ein, die „unschuldig" sind. Unschuldig im Sinne dieser Klassenjustiz, deren Schande sie veröffentlicht. Das ganze kapitalistische System ist ein Verbrechen an der überwiegenden Mehrheit der Menschheit.

Selbstverständlich regt sich auch der Vorwärts (dessen Abendausgabe vom 21. Juni wir dieses Material entnehmen) über den Justizterror auf — wenn auch nur künstlich. Die Stampfer leute setzen natürlich voraus, daß die Arbeiter schon vergessen haben, daß es die Sozialdemokratie war, welche 1918—19 die Arbeiter niederschlug und die reaktionäre Justiz wieder ins Amt setzte. Herr Sozialdemokrat Radbruch war es ja wohl, der als erster wieder aus Kriegsende die Todesstrafe das Wort redete und Herr Ebert war es, der Todesurteile unterschrieb. Gewerkschaftsbeamte waren es, die nach dem Kapp-Putsch in den Außerordentlichen Gerichten zusammen mit wilhelminischen Offizieren über revolutionäre Arbeiter 4000 Jahre Zuchthaus verhängten. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind die festesten Stützen der Zuchthausdemokratie. Erst ihre Zerstörung macht die Bahn frei für den Sturz des Kapitalismus und damit für die Beseitigung der Klassenjustiz.

*) „Das Zuchthaus als politische Waffe." Verlag Hensel u. Co., Berlin W 8.

Aus der Bewegung

Stettin

Am 21. Juni 1927 fand in Stettin eine öffentliche Versammlung der Gruppe „Entschiedene Linke" statt. Der Saal war, trotzdem die KPD. gedroht hatte, die Versammlung zu sprengen, überfüllt.

Als Referent war der Gen. Schwarz erschienen. Er zeigte den anwesenden Proletariern, daß der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse nicht das Parlament und die Gewerkschaften sind, sondern daß die Arbeiterklasse selbst Hand anlegen muß und sich nicht von den Führern der korrupten Parlamentsparteien und Gewerkschaften am Gängelband führen zu lassen, wie es bis jetzt ist. Er zeigte an Beispielen: Bergarbeiterstreik in England, Werftarbeiterstreik in Hamburg, die Streiks in Berlin usw., wie sich diese Streiks auswirken, daß die Arbeiter, statt was für sich rauszuholen, immer mehr von ihrer Position aufgeben müssen, weil die Gewerkschaften als Staatserhaltende Organisationen eben diesen Staat schützen müssen.

Ferner ging der Referent auf den Konflikt zwichen England und Rußland ein und zeigte auch hier, daß das Geschrei der Ekki-Knechte über Krieg mit England und Rußland nur Blatt ist; wenn es tatsächlich so käme, daß ein Konflikt mit Waffen ausgetragen werden müßten würden sich die Proletariermassen in Rußland auch noch mal besinnen, daß sie Arbeiter sind und sich von ihren Unterdrückern befreien, die wahre proletarische Revolution durchführen, die Diktatur des Proletariats aufrichten und nicht die Diktatur von oben, wie sie heute in Rußland besteht. „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein."

Was China anbetrifft, so führte der Referent den Anwesenden die dortige Lage der Proletarier vor Augen. Er zeigte klar und deutlich, wie die Arbeiter dort auch von den „linken" Führern der Kuomintang verraten und niedergemetzelt werden und schloß mit der Aufforderung, sich frei zu machen von diesem Führergeschmeiß und selbst das Befreiungswerk in die Hand zu nehmen.

Als erster Diskussionsredner meldete sich der neue Bezirkssekretär für Pommern der KPD., Strötzel, MdR. Er sor seine abgeleierte Platte von der einzig revolutionären KPD. auf und verfiel in ein wüstes Geschimpfe über die EL. und KAPD. Er fragte, was die KAPD. seit 1914 (!) „getan" hat für die Arbeiterschaft und stellte sie als „konterrevolutionär" hin. (Wo gab es 1914 eine KAPD.?)

Nachdem das Mitglied des Reichstages Strötzel geendet hatte und der nächste Diskussionsredner das Wort erhalten hatte, setzte das Gröhlen des unvermeidlichen „kommunistischen" Gesang-Vereins ein. Der zweite Diskussionsredner kam zwar nicht mehr zu Wort, er trat freiwillig ab, und der Gen. Schwarz konnte noch sein Schlußwort halten.

Im Schlußwort rechnete der Referent mit den Radaubrüdern ganz gehörig ab, so daß sie wie wilde Stiere vor dem roten Tuch schäumten.

Der Erfolg der Versammlung war, daß sich in Stettin eine Gruppe der Entsch. Linken konstituierte.

Wasserkante

Loquingen in Schiffbeck.

Die Schiffbecker Opposition, die der famosen „Reinopp" nahesteht, hatte sich am 15. Juni den Korschisten Loquingen als Referenten geholt. Wie immer mimte auch hier der Korschismus das politische Schaukelpferd. Es kommt eben nicht nur darauf an, die kapitalistische Entwicklung in Rußland zu zeichnen, sondern gilt darüber hinaus den Internationalen Auswirkungen des Nep-Kurses proletarische Klassenpolitik entgegenzusetzen. Wenn Loquingen die Eroberung der KPD. als Utopie bezeichnet, und alle Kräfte eingesetzt wissen will, um den antiproletarischen Charakter der Moskauer Sektionen zu entlarven, muß er auch den Weg des Klassenkampfes zeigen, der im wachsenden Maße das Gegengewicht gegen den Stalinismus bilden soll. Der Kampf um die „Grundlagen des Marxismus" ist leeres Stroh, ohne das Bekenntnis zu proletarischer Taktik und Organisation. Wo zu diesen Fragen keine Stellung genommen wird, kann jeder eitle Faselhans sich hinter tönenden Redensarten verstecken.

Ueber den Weg des Klassenkampfes sprach Loquingen kein Wort, weil der Korschismus diesen Weg nicht weiß. Deshalb können seine drastischen Beweisführungen, die Maslow-Urbahns-Gruppe sei ein verkappter Agent des Ekki, auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle Oppositionsgruppen, die trotz radikalster Kritik organisatorisch nicht über den Leninismus hinausgelangen, der Desorganisation und Zermürbung des proletarischen Kampfwillens in die Hände arbeiten, und so mit vertauschten Rollen die Melodie des Ekki spielen.

Interessant ist noch die Bekanntgabe der Versammlungsleitung, daß nur Mitglieder der Opposition Schiffbeck das Wort erhalten würden, weil Schiffbeck sich noch keiner politischen Gruppe angeschlossen habe. Als aus der Versammlung der Antrag kam, entweder dem Vertreter der EL. oder der KAP. zur Debatte zuzulassen, wurde dies mit knapper Mehrheit abgelehnt und die Versammlungsleitung gesterte sich nicht, auch die Stimme eines Ekkiknechtes — denn in Schiffbeck ist die Ortsgruppe ausgeschlossen — für den beabsichtigten Zweck zu gebrauchen, was sich leider erst am Schluß herausstellte und deshalb nicht mehr gebührend festgenagelt werden konnte. Nach kurzer Diskussion versicherte dann das tapfere Schneiderlein des Herrn Professors, daß man eine Auseinandersetzung mit der EL. und KAP. nicht zu fürchten brauche und schon die nächste Gelegenheit dazu wahrnehmen werde. Solcher Mut ist billig, wenn man unter dem Schutz politischer Indifferenz im Angenblick die Aussprache abgewärt und dazu hofft, daß beim nächsten Mal der liebe Gott schon weiter helfen wird.

Sport und Kultur

In der gegenwärtigen Arbeiterbewegung nimmt die Kultur- und Sportbewegung einen breiten Platz ein. Sie übertrifft die Arbeiterbewegung vor 20 bis 30 Jahren nummerisch gesehen, an Ausdehnung. Jeder Sportzweig und jede andere persönliche Beschäftigung oder Betätigung des Arbeiters hat ihre „Notwendigkeit" einer organisatorischen Bindung geschaffen. Diese Bindung sollte nicht nur zum Zweck der Konzentrierung geschaffen werden, sondern der bürgerlichen Bewegung einen Damm entgegensetzten und zugleich die Proletarier zum proletarischen Denken und Klassenbewußtsein ziehen.

Dies waren die Aufgaben, die die Begründer und Inspiratoren als Ziel und Zweck von derartigen Organisationen gestellt hatten.

Die proletarische Kulturbewegung ist erst jüngeren Datums, was ja die logische Folgerung der kapitalistischen Niedergangsepoche oder Verfalls ist. Die proletarische Kulturbewegung hat sich zur Aufgabe gemacht, an Stelle der bürgerlichen Kultur eine proletarische zu setzen. Was ist der Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Kultur?

Unter Kultur versteht man allgemein, die materiellen und geistigen Bedürfnisse einer Klasse zu befriedigen. Dies ist aber im kapitalistischen Staat oder Profitwirtschaft nicht möglich. Die kapitalistische Klasse, welche die Besitzer der Produktionsmittel ist, hat die geistige und materielle Macht in den Händen und drückt im Interesse ihres Profites den Stempel der Verskluvung und Verelendung den Proletariern auf. So muß die bürgerliche Kultur der Ausdruck der besitzenden Klasse sein. Die Gradmessung der bürgerlichen Kultur wie „hohe und tiefe" Kulturstufe, zeugt von der Richtigkeit des Gesagten.

Die proletarische Kultur muß der Ausdruck des ganzen Proletariats sein. Sie muß jeden einzelnen Proletarier befruchtet haben. Als Vorbedingung ist die materielle Befreiung von der Lohnknechtschaft — und ihr voraus geht die Beseitigung von derselben, also die Revolution.

Der große Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Kultur liegt lediglich in den Produktionsverhältnissen und in der Erfassung und Macht einer kleinen Kaste im Gegensatz zur großen Schicht des Proletariats.

Das Bestreben der proletarischen Kulturorganisationen, um diese proletarische Kultur dem Proletariat zu inspirieren, muß auf wirtschaftliche und politische Schranken stoßen. Es ist eine Unmöglichkeit, in der kapitalistischen egoistischen Umwelt eine Kultur des Proletariats zu schaffen. Man würde somit den historischen Materialismus verneinen.

So wird jede Kulturfrage zur urlogischen Angelegenheit der Revolution. Sie muß immer auf gewaltsame Schranken stoßen.

Unsagbar viel Kräfte vergeuden ihre Zeit und Energie mit einer Sache, bei der sie die tieferen Grundlagen der Materie nicht begriffen haben. Viele jugendliche Arbeiter befinden sich in Kulturorganisationen. Sie werden dort mit allerlei Dingen beschäftigt, die nicht mit den Grundfragen der Revolution. Diese rücken an zweite Stelle. Der jugendliche Arbeiter, welcher in einem Wanderbund oder Theaterverein tätig ist, versandet so nach und nach zu Gunsten der Wander- und Theaterbewegung. Der jugendliche wird ein Produkt seiner Umgebung oder Verhältnisse. Sie dienen ganz der „kulturellen Bewegung", weil sie ja glauben, dem Proletariat zu helfen, aber wissen nichts von der Schädlichkeit ihrer Handlungsweise und sind dem Klassenkampf verloren. Somit haben wir auch auf diesem Gebiet einen ideologischen Kampf zu führen. Wir wollen nicht den Arbeitern ihre kleinbürgerliche Ideologie stärken, welche ja schon so wie so nicht die Notwendigkeit der prol. Revolution begriffen haben.

Proletarisches Notizbuch

Im Reichstag hat Koenen dem Stresemann heftige Vorwürfe gemacht, weil Stresemann keine revolutionäre Politik im Interesse des Proletariats treibe. Stresemann hat darauf an Hand der russischen Presse nachgewiesen, daß Moskau mit seiner Politik zufrieden ist — eigentlich das sollte auch Herrn Köhnen genügen, dessen Aufgabe ebenfalls die Verfechtung russischer Staatsinteressen, nicht proletarischer Klasseninteressen ist.

Vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin wird darauf hingewiesen, daß die Diphtherieerkrankungen in Berlin an Zahl und Schwere zugenommen haben. In dem ersten Vierteljahr 1927 hat sich die Zahl der gemeldeten Erkrankungen gegenüber dem gleichen Zeitpankt des Vorjahres nahezu verdoppelt. Außerdem sind die Erkrankungen wesentlich schwerer geworden. — Besser es gehen fünfzigtausend zugrunde, als daß 5000 gehindert werden, den kapitalistischen Profit zu erhöhen, sagt Borsig. Nach dieser Theorie arbeitet die kapitalistische „Fürsorge".

Rationalisierung des Bergbaus in England. EP. London, 21. Juni. 2000 Bergarbeiter im Glamergan-Distrikt in Wales wurden mit 14tägiger Kündigungsfrist entlassen. Die betreffenden Kohlengruben gehören Baldwins Limited. Auf der Bedwas-Mine, die zu den Gruben des Lord Justen gehört, wurde 500 Arbeitern gekündigt.

In Berlin fanden Beamtendemonstrationen statt, die programmäßig verlaufen sind.

Die Stadt Berlin hat eine Hundertmillionen-Anleihe aufgenommen. Sie soll von den Londoner Großbanken Henry Schröder u. Co., Rothschild Söhne und Baring Brothers in Höhe von 5 Milionen Pfund gleich 100 Millionen Mark auf 30 Jahre gegeben werden. Der Zinssatz beträgt nominell 6 Prozent jährlich. Die Anleiheeinnahmen sollen vor allem für die Finanzierung der weiteren Schnellbahnbauten und die Erweiterung des städtischen Gebäudes verwandt werden.

Das englische Streikgesetz angenommen. WTB. London, 23. Juni. Im Unterhaus wurde die Vorlage über die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes in dritter Lesung mit 354 gegen 139 Stimmen angenommen.

Mitteilungen

AAU. Groß-Hamburg.

Jeden Montag 8 bis 10 Uhr Zeitungs- und Materialausgabe sowie Beitragszahlung im Lokal Wagner, St. Georg, Grützmachergang 22. Am 4. Juli fällt die Sitzung aus wegen der öffentlichen Versammlung. Arbeitsausschuß.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Berlin.

Am Donnerstag, den 30. Juni, 7,30 Uhr, findet im Laden eine Funktionär-Versammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich. Der BAA.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

8. Jahrg. Nr 49

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Juni 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Neue deutsche Politik

Die Resultate der Völkerbundstagungen werden für das deutsche Kapital immer magerer. Der Siegeszug und der Einzug in den Völkerbund haben aus dem gezwungenen Außenseiter ein brauchbares Mitglied der kapitalistischen Welt gemacht. Die Konzessionen, die ihm bei seiner Aufnahme und für seine Aufnahme gemacht waren, beschränkten sich auf den Abbau der bisher künstlich um es aufgeführten Mauern. Sie waren auch notwendig, um dem deutschen Kapital den Eintritt als ein besonders gutes Geschäft zu suggerieren und den durch einen völligen Zerfall der deutschen Wirtschaft der Weltwirtschaft drohenden Schaden nach Möglichkeit herabzusetzen. Das deutsche Kapital als zur Verzweiflung getriebener Außenseiter war gefährlicher, als wenn ihm durch den Anschluß an die Weltwirtschaft Möglichkeiten zur Bezahlung seiner ihm auferlegten Tribute geboten wurden. Selbstverständlich war auch damit die Zusage und die Hoffnung verknüpft, daß durch diese Einreihung in die Weltmacht allmählich und sozusagen mit jeder neuen Tagung ein weiteres Stück der internationalen Kontrolle verschwinden würde. Bisher konnte auch ein solcher „Fortschritt" erzielt werden; aber die Resultate wurden immer magerer. Es trat fast eine völlige Stagnation ein. Dafür wurde aber das deutsche Kapital immer mehr für und in die Politik des Völkerbundes eingespannt. Es hatte zwischen den beiden den Völkerbund oder besser die imperialistische Politik beherrschenden Staaten England und Frankreich zu jonglieren. Seine hauptsächlichste Tätigkeit bestand darin, aus dem Gegensatz zwischen diesen beiden Staaten für sich und seine Loslösung aus den Fesseln des Versailler Vertrages den größtmöglichsten Vorteil zu ziehen. Es stand dabei immer auf Seiten des englischen Kapitals, das sich in Deutschland eine Stütze gegen die kontinentalen Hegemoniebestrebungen des französischen Kapitals schaffen wollte.

Diese Aufstiegsmöglichkeit ist zu Ende. Beide Staaten haben erkannt, daß die durch ihre Uneinigkeit geförderte und sozusagen auf ihr beruhende Entwicklung des deutschen Kapitals ihren eigenen Plänen gefährlich zu werden drohte. Die fortschreitende Emanzipation löste die Kontrolle allmählich auf. Aus diesen Gründen kam es wieder zu einer stärkeren Annäherung dieser beiden Mächte. Briand und Chamberlain verhandelten auf der letzten Genfer Konferenz zuerst allein und zogen dann, nachdem sie sich geeinigt hatten, Gustav Stresemann hinzu. Das deutsche Kapital ist dadurch zu einem Anhängsel der Völkerbundspolitik des englischen und französischen Kapitals geworden. Es hatte sich dem Machtspruch der „Sieger" zu fügen, die jetzt auch wieder die militärische Kontrolle aufgenommen haben. Das deutsche Kapital mußte die Besichtigung der geschleiften Ostfestungen angestehen. Von der Räumung der Rheinlande war überhaupt keine Rede. Sogar die schon längst zugestandene weitere Zurückziehung der französischen Truppen aus den besetzten Gebieten wurde „grundlos" verweigert. Dafür erhielt es einen Sitz in der Kolonialmandats-Kommission. Nach dem Ausspruch Stresemanns hat es dadurch die Möglichkeit, seine kolonialen Erfahrungen in bezug auf die Bekämpfung von Eingeborenensachen zur Verfügung zu stellen. In Wirklichkeit hofft es, auf diesem Wege Kolonien erwerben zu können. Diese Politik der kleinen Aufmerksamkeiten soll dazu dienen, beim deutschen Kapital das Interesse an der Beteiligung am Völkerbund wach zu halten. Es darf überall mitsprechen, aber die andern entscheiden.

Diese Beteiligung an der großen Politik genügt dem deutschen Kapital nicht. Es kommt damit in den ihn am meisten führenden Fragen der Daweszahlungen und der Rheinlandbesetzung nicht weiter. Fallen diese Beschränkungen seiner „freien" Entwicklung, so ist auch die Bahn für eine neue imperialistische Politik offen. Die Belastung bedeutet eine starke Hemmung in der Kapitalsakkumulation. Sie hält die starke Abhängigkeit vom Auslandskapital aufrecht. Gleichzeitig wird dadurch auch die Aufrüstung gehemmt. Alle anderen kapitalistischen Staaten vergrößern mit jedem Tage ihren militärischen Apparat, um für den jeden Tag erwarteten Kampf um die Neueinteilung der Welt gerüstet zu sein. Irgendein Politiker hat dies in die schönen Worte gekleidet: „In der Abrüstungsfrage sind wir Gläubiger und nicht Schuldner." Durch den Völkerbund wird so das deutsche Kapital systematisch niedergehalten. Es muß aber trotzdem an ihm festhalten, weil es von der Kreditgewährung durch das anglo-amerikanische Kapital abhängig ist und sieht auf keinen Fall den Weltmarkt versperren lassen darf.

Das einzige positive Ergebnis der letzten Genfer-Konferenz besteht in der Einheitsfront gegen die russische Regierung. Auch das deutsche Kapital hat sich daran beteiligt. Die Initiative ging von England aus, für das die völlige Lähmlegung Rußlands eine außerordentlich wesentliche Frage ist. Der Kampf gegen die russische Regierung ist in Wirklichkeit ein Kampf um die möglich schnellste Liquidierung der revolutionären Ideologie als Kampfmittel im Kampf um die Macht. Die Einheitsfront wurde als innere Einheitsfront erzielt, als Verpflichtung, „die weltrevolutionären Umtriebe zu verhindern". Diese bedeuten eine unzulässige „Einmischung in seine innere Politik". Sie richtet sich gegen das revolutionäre Proletariat. Das ist die heilige Allianz der kapitalistischen Staaten. Das ist der Krieg, den sie führen. Vergebens verlangt Rudi Breitscheid als Gegengewicht eine gemeinsame Stellungnahme gegen den Faschismus. Er und mit ihm die gesamte SPD. merken in ihrem Haß gegen alles Revolutionäre überhaupt nicht, daß gerade der Internationale Faschismus diesen Kampf diktiert. Die Neutralitätserklärung Stresemanns gegenüber Rußland ist selbstverständlich. Sie ist auch durchaus echt. Das deutsche Kapital will das russische Geschäft machen, lehnt aber ab, sich dafür mit revolutionärer

Kriegsgefahr und Terror

Die Schüsse des Primaners Kowerda auf den russischen Gesandten Woykow in Polen sind verhallt. Das Echo der Warschauer Schüsse ist nicht zum Kanonendonner angeschwollen wie das derjenigen von Sarajewo. Obgleich der neue imperialistische Zündstoff schon hübsch angehäuft ist, und wenn man den ellenlangen Aufruhen der III. Internationale und vor allem der „Roten Fahne" Glauben schenken sollte, die Welt vor der Mobilmachung stände. Die erhitzten Gemüter sind abgekühlt. Die kriegerischen Schlagzeilen in den Gazetten fehlen. Nur in den Leitartikeln der Berliner Prawda gewitterts noch etwas. Ruhig und sachlich versichern sich Rußland und Polen der „besten Achtung" und die roten und weißen Diplomaten reden von „Festigung der friedlichen Beziehungen". Das Crescendo der Noten in Dur ist decrescendo in stimmungsvolle Mollaccorde übergegangen. „An den ökonomischen Pointen brechen die Spitzen der Bajonette wie mürber Zunder", wie Marx in der N. Rh. Zeitung schrieb. Rußland braucht Ruhe und die Hilfe des Weltkapitals, um über die Schwierigkeiten der Kapitalsbeschaffung hinweg zu kommen. Das schließt nicht aus, daß die Rivalität der ökonomischen Pointen auch durch die Spitzen der Bajonette ausgetragen wird. Die Phrasen von Achtung und friedlichen Beziehungen sind nur die Ouvertüre dazu. Doch reiche die Vorbereitungen einer kriegerischen Auseinandersetzung trotz allem Wettrüsten kaum über das Anfangsstadium hinaus. Ebenso ist die Konstellation der Mächte hüben und drüben, auch nach der Konferenz von Genf keineswegs als feste Linie abgeschlossen. Das Geschrei der Moskauer Jünger von der Bedrohung des „einzigen Arbeiterstaates", dem „Vaterland aller Arbeiter", durch die Weltbourgeoisie unter Führung Chamberlains soll das katastrophale Fiasko der russischen Außenpolitik verdecken. In diesem Zusammenbruch spiegelt sich der Widerspruch zwischen revolutionärer Tradition und staatskapitalistischer Realpolitik wieder. Wie er sich auch wiederspiegelt in der III. Internationale, die Antikriegsmobilmachungsaufrufe in die Welt schickt und gleichzeitig in ihrer letzten Exkisitzung beschloß den VI. Weltkongreß um 1 Jahr zu verschieben. Ausgerechnet den Weltkongreß, der als wichtigsten Punkt die Kriegsfrage auf der Tagesordnung hat.

Der Krieg gehört zum ehernen Bestand der göttlichen, kapitalistischen Ordnung und nach dem furchtbaren Zusammenbruch der II. Internationale angesichts des Krieges, hat die revolutionäre Arbeiterschaft die Pflicht auf dem Posten zu sein, um nicht wieder als Kanonenfutter geopfert zu werden. Die einzige Gewähr für die Beseitigung der imperialistischen Kriege ist die Beseitigung des Kapitalismus. Der Krieg der Bourgeoisien ist zu beantworten mit dem Bürgerkrieg. Prinzip und Taktik der Arbeiterklasse müssen darum auf eine ideologische und organisatorische Vorbereitung zum Sturz des Kapitalismus eingestellt sein. Bei Durchführung dieser Aufgabe gilt es für die Proletarier sich über eins klar zu sein, daß sich die Amsterdamer und die III. Internationale ungeachtet aller Versicherungen von Kriegsgegnerschaft im entscheidenden Augenblick auf die Seite der verschiedenen nationalen Vaterländer stellen werden. Die famose Bucharinsche Blocktheorie läßt dann bei der Unausgegohrenheit der Konstellationen allerlei Perspektiven offen.

Der Appell Moskaus an die Amsterdamer Internationale bedeutet abgesehen von der Ignorierung der furchtbaren Erfahrungen vom August 14 nichts anderes als ein Versuch, die Massen vor den Kriegswagen des staatskapitalistischen Nep-Kurses zu spannen. Die revolutionäre Arbeiterschaft muß das ablehnen; ihre Klassenpolitik darf nur von den Notwendigkeiten der siegreichen proletarischen Revolution diktiert werden.

Aber wenn das Echo der Schüsse von Warschau noch nicht in das Echo der Kriegsgeschütze umschlug, so ist durch den Gesandtenmord erneut die Frage des Terrors aufgerollt worden. Das kämpfende Proletariat ist kein Verein zartbesaiteter alter Jungfrauen, die in Moral und Ethik machen. Es weiß, daß der Kapitalismus Blut und Schmutz aus allen Poren triefend geboren wurde und ebenso wieder untergeht. Darum muß das Proletariat die ganze verlogene Heuchelei der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die Urteilsvollstreckung an den Weißgardisten Elyengren, Malewitsch, Malewski und Konsorten mit einer Handbewegung bei Seite schieben. Das Proletariat hat am eigenen Leibe den Kannibalismus der honetten bürgerlichen Gesellschaft erfahren. In Strömen von Blut wurde die Juni-Revolution und die Kommune ersäuft. Mit blutigem Terror wurde immer die „Ordnung" wieder hergestellt, an all den Tagen der Revolution, wo die weiße Ordnungsbestie auf der ganzen Welt ihre Orgien feierte. Dann hat der Preßkosakenklüngel, der sich bei den Moskauer Schüssen vor Entrüstung überschlug, immer schamhaft geschwiegen. Das Proletariat weiß die „Menschlichkeit" und „Humanität" des Kapitalismus zu würdigen. Der einzige Unterschied, oder auch Fortschritt, wie man es unseretwegen bezeichnen mag, von damals und heute ist der: früher mußten die herrschenden Klassen selbst die Gallilets stellen, jetzt lassen sich die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler à la Noske, Severing und Hörsing danach, das blutige Schlächterhandwerk mit den militärischen Landsknechten der Bourgeoisie zu teilen und die Verantwortung für die Massakers zu übernehmen.

Aber das Proletariat darf bei aller Notwendigkeit des revolutionären Terrors doch nicht in die Terminologie der Komintern und ihrer Sektionen vom roten Terror verfallen. Es ist verständlich, wenn ein Teil der Arbeiter, verbittert über die Niederlagen der Revolution, rein gefühlsmäßig in der Erschießung der Weißgardisten eine teilweise Befriedigung seines Haßgefühls gegen die eigenen Ausbeuter findet. Doch wenn die „Rote Fahne" schrieb, „die Revolution verteidigt sich!", so ist das glatter Schwindel. Rußland hat den Verfalltag des Wechsels, den die Komintern bei ihrer Geburt auf die Weltrevolution gezogen hat, nicht abgewartet. Es macht in Finanz- und Handelsverträgen mit den Kapitalisten aller Länder. Ja, es ist sogar bereit, mit ihnen militärische Bündnisse abzuschließen und schreckte selbst vor der Granatenlieferung an die deutsche Konterrevolution nicht zurück. Wenn die russische innerpolitische Entwicklung durch Spionage und Attentatsseuche — wie Moskau nachträglich zugibt — gestört wird und als Repressalien 20 Weißgardisten erschossen werden, so dient Rußland mit gleicher Münze wie jeder bürgerliche Staat. Doch ist das ganz etwas anderes als revolutionärer Klasseneterror. Moskau wird sich schwer hüten, gegen den Nepmann und Kulaken ebenso vorzugehen wie gegen die Elvengren und Konsorten, obgleich diese in ihrer Art nicht minder gefährliche Feinde des Kommunismus sind als jene. Ebenso wenig wird die Sprache des Füsiliers die Sprache seiner Diplomaten und Handelsvertreter sein, wenn sie mit den Konterrevolutionären anderer Länder verhandeln. Die Schüsse von Moskau fielen nicht als terroristische Abwehr der Revolution gegen die Konterrevolution, sondern für den ungestörten Aufbau des russischen Staatskapitalismus mit seinen Kulaken.

Das Proletariat kann auf die Gewaltanwendung nicht verzichten, wenn es seine Revolution siegreich beenden und sichern will. Nicht aus schwächlichem Rachegefühl oder Lust am Mord, sondern aus geschichtlichem Muß. Die Arbeiterklasse muß begreifen, um noch einmal mit Marx zu reden, „daß es nur ein Mittel gibt die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus".

Propaganda überschwemmen zu lassen. Es ist dies genau dieselbe Stellung, die auch das englische Kapital einnimmt. Den sog. legitimen Handel läßt es zu und fördert ihn sogar. Die Einspannung seines Proletariats vor den Wagen des russischen Imperialismus durch eine „russische" Klassenkampfidee will es um keinen Preis länger dulden. Die gemeinsame innere Abwehrfront des Kapitals bildet das Band zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten, während sie den wirtschaftlichen Kampf um die Eroberung des russischen Marktes fortsetzen. Die Zerstörung der Komintern als Bundesgenossen der russischen imperialistischen Politik ist ihr gemeinsames Ziel.

Die revolutionäre Arbeiterschaft ist sich klar über den Charakter Rußlands und die Politik der einzelnen Sektionen der Komintern. Sie lehnt die Vermengung der revolutionären Klassenkampfpolitik mit der russischen Staatspolitik ab. Die internationale Bourgeoisie benutzt ihren Profitkampf um Rußland als gegebene Möglichkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, weil sie in den einzelnen Sektionen der KPD. fälschlicherweise die revolutionäre Kampfquelle erblickt. Auf der anderen Seite benutzt die russ. Regierung diese Kampfform, um die revolutionäre Arbeiterschaft erneut um ihr Banner zu scharen. Das revolutionäre Proletariat muß aus diesem Gewirr klar den Klassenkampf, die Offensive des Kapitals, herausschälen und sich nicht um das russische, sondern das revolutionäre Banner scharen. Die Kampffront ist gegen das internationale Kapital aufzurichten und der Kampf für die Weltrevolution als Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu führen. Rußland ist dabei keineswegs ein Stützpunkt, sondern ein Hindernis in der revolutionären Entwicklung. In Rußland herrscht nicht der Kommunismus. Er befindet sich auch nicht auf dem Marsche, sondern umgekehrt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist herrschend und stabilisiert sich von Tag zu Tag. Die neudeutsche Politik ist ein international vereinbartes Vorgehen gegen das revolutionäre Proletariat. Dem gilt der Kampf.

Politische Rundschau

Stahlhelm und Werwolf greifen an

Ueberfall in Frankfurt — 1 Toter, 10 Verletzte.

Ein Reichsbanner-Auto aus Erkner, das am Sonntag, den 26. Juni zum Gaufest nach Frankfurt a. O. fuhr, wurde in Arensdorf von Werwolf-Mannen beschossen. Erfolg: 1 Toter, 10 Verletzte. Der Tote ist der achtzehnjährige Schlosser Karl Tietze aus Erkner, Beuthstr. 10. Die Verletzten haben zum Teil Schußwunden, z. T. Schnittwunden. Ein Reichsbannermann, der per Rad hinter dem Auto fuhr, wurde mit Knüppeln zu Boden geschlagen.

•

Zusammenstöße auch in Landsberg.

Verletzte auf beiden Seiten.

Bei dem Frontsoldatentag, den der Landesverband Ostmark des Stahlhelms in Landsberg veranstaltete, kam es, wie der „Vorwärts" berichtet, zu schweren Zusammenstößen mit Arbeitern infolge des provokatorischen Auftretens der Stahlhelmer. Die Arbeiterschaft, die am gleichen Tage ihr Gausportfest abhielt, brachte ihren Unmut über den Aufmarsch des Stahlhelms durch Protestrufe zum Ausdruck, worauf die Stahlhelmer eine wüste Schlägerei begannen. Auf beiden Seiten gab es eine größere Zahl von Verletzten, von denen einige ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Polizei, die sich sonst ziemlich passiv verhielt, verhaftete mehrere Arbeiter, ließ sie jedoch später wieder frei.

•

Soweit sind dies alltägliche Erscheinungen der Demokratischen Republik. Meistens sind die Ueberfallenen revolutionäre Arbeiter und die Raufbolde Reichsjammerleute, „rote" Faustkämpfer oder schwarzweißrote Faschisten. Das wird auch so bleiben, bis sich das Proletariat auf seine Klassenkraft besinnt, die Ursache der Militärspielerei, den Kapitalismus samt seinen Parlamentsparteien stürzt und das ganze militärische Pack unter den Trümmern versenkt. Daß diesmal auch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Pappheimfaschisten verprügelt wurden, hat seine Ursache darin, daß diese eben an diesem Tage ihre Schützenfeste feierten. Und wo geschossen wird, gibt es heute Tote und Verwundete. Das ist indes nicht das tragische.

Tragisch an der Geschichte ist, daß sich die Arbeiter aus diesem Anlaß von den wirklichen Urhebern, von den Geburtshelfern der Faschistenorganisation, verhöhnen lassen. Und die Urheber sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Der Vorwärts (Montagabend) setzt auch, sehr richtig voraus, daß die Arbeiter alle Geschichte der Nachkriegsjahre vergessen haben und benutzt die Ueberfälle, um die Verbrechen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften am Proletariat zu verdunkeln und sie zu neuer Gehirnverkleisterung auszuschlachten. Er schimpft auf die politische Justiz und auf die Faschisten aus dem Rechtslager. Kann der Hohn noch weiter getrieben werden als daß Herr Wels vom Parteivorstand der SPD. in Frankfurt die Trauerrede hielt? Ausgerechnet derselbe Herr Wels, der am 6. Januar 1919 in seiner Eigenschaft als Stadtkommandant, in der Chausseestraße zu Berlin die ersten Schüsse auf revolutionäre Kriegskrüppel abfeuern ließ und eine Anzahl niederstreckte! Und Herr Hörsing redete nach Wels. Herr Hörsing ausgerechnet, der durch seine Prätorianergarde unzählige Treibjagden auf Arbeiter veranstaltete!

Und die größte Verhöhnung der Arbeiter: Herr Preußischer Minister Grzesinski hat strengste Untersuchung versprochen! Herr Grzesinski, der als Berliner Polizeipräsident seine Schupo auf die Jagd gegen Arbeiter drillte! Die Herrschaften von der Sozialdemokratie setzen voraus, daß es die Arbeiter vergessen haben, daß die sozialdemokratischen Minister Preußens es waren, die der Schwarzen Reichswehr (in der die Scharfschützen von Arensdorf ihre Ausbildung im Scharfschießen erhielten) alle Förderung angedeihen ließen, aber nichts unternahmen sie zu unterbinden. Und die Wels, Hörsing und Grzesinski handelten im Einvernehmen mit SPD. und Gewerkschaften, sie trieben diese SPD.-Politik, durch die sich die Sozialdemokratie ihre Throne und ihre Pfrunden sicherte.

Solange sich die Arbeiter von der kapitals- und staatserhaltenden Sozialdemokratie mißbrauchen lassen, so lange werden sie von den Scharfschützen des Kapitals abgekillt werden.

Gewerkschaftsumschau

Teils Streik — teils Ueberarbeit bis 105 Stunden wöchentlich.

Der Morgen-„Vorwärts" vom 24. Juni berichtet über den 4. Verhandlungstag der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes, der gegenwärtig in Hamburg tagt. Zu dem Tagesordnungspunkt „Kampf um den Achtstundentag" heißt es da:

Für Mehrarbeit soll jetzt ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt werden. Diese Bestimmung wird oft diskutiert. Sie ist aber auch ein zweifelhaftes Geschenk an die Arbeiterschaft. Bei den niedrigen Löhnen in der Textilindustrie ist die Gefahr groß, daß die Arbeiter sich um des Mehrverdienstes wegen auf eine Arbeitszeitverlängerung einlassen. Die Erhebungen, die wir im Vorjahre vorgenommen haben, ergaben, daß von 413 000 Arbeitern in der Textilindustrie nur 50 000 bis zu 48 Stunden arbeiten. Das Gros arbeitet 53—54 Stunden,

teilweise wird bis zu 70 Stunden gearbeitet.

Rascher Löbau trägt einen Fall vor, wonach ein Betrieb in Ostsachsen mit einer

Arbeitszeit von 105 Stunden

den Rekord geschlagen habe. Auf eine Anklage hin ist die Firma freigesprochen worden! Nachdem noch mehrere Redner die Ausführungen des Referenten unterstrichen hatten, wurde eine Entschließung angenommen, die die Forderung aufstellt, daß der reine achtstündige Arbeitstag unter besonderer Berücksichtigung des freien Sonnabendnachmittags als das Mindestmaß des Notwendigen **auf dem gesetzlichen Wege** wieder hergestellt wird. Der Vorstand wird beauftragt, unverzüglich nicht nur jede mögliche Propaganda für die Wiedereinführung des Achtstundentages zu entfalten, sondern alle zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Machtmittel einzusetzen, um in möglichst kurzer Zeit den Achtstundentag für die Textilarbeiterschaft zu sichern. Darüber hinaus fordert der Verbandstag, daß der nächste Gewerkschaftskongreß sich mit der Frage einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit beschäftige und die Frage des Siebenstundentags diskutiere.

Neben dem Verbandstagbericht druckt der „Vorwärts" folgende Meldung ab:

Lambrecht (Pfalz), 23. Juni. (Mtb.) Heute morgen sind sämtliche Weber in den Ausstand getreten, da ihre Lohnforderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind. Heute mittag wollen auch die Belegschaften der anderen Betriebe kündigen. In Betracht kommen insgesamt 850 Arbeiter.

Nun ist die Textilindustrie aber so kartelliert, daß die Kundschaft der bestreikten Betriebe von den arbeitenden Betrieben beliefert wird und die bestreikten Betriebe den Profitverlust von den Lieferanten entschädigt bekommen. Könnten die Arbeiter, die den „Vorwärts" oder ihre Verbandszeitungen lesen, diesen Widersinn verstehen, ihnen müßte zum Bewußtsein kommen, daß sie sich in den Gewerkschaften organisiert haben, um sich ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Der Hohn, das derselbe Staat, der die Tarif- und Gesetzbrecher mit ihrer 105-Stundenwoche freispricht, den Achtstundentag einführen soll, ist nicht mehr zu überbieten. Die Phrase von der Anwendung aller „gewerkschaftlicher Machtmittel", die dem Vorstand und dem nächsten Gewerkschaftskongreß übertragen wird, ist die Beruhigungspille für diejenigen, die es den Lambrechtern nachmachen wollen. Wie der ADGB. seine Macht anwenden wird haben die Gewerkschaftsmitglieder natürlich schon wieder vergessen. Sie lautete einst: „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen."

Maßregelung Trotzkys und Sinowjews

Sie sollen aus der Parteileitung entfernt werden.

Moskau, 27. Juni. („Telegraphenagentur der Sowjetunion".) Das Präsidium der Zentralkommission der Kommunistischen Partei beschloß, auf der bevorstehenden gemeinsamen Tagung des Zentralkomitees und der Zentralkommission die Frage des Ausschlusses Sinowjews und Trotzkis aus der Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei anzuregen angesichts ihrer wiederholten Uebertretung der Parteidisziplin und ihrer unausgesetzten fraktionellen Tätigkeit. Der Beschluß weist auf die Reden und parteifeindlichen Aktionen Sinowjews und Trotzkis in der letzten Zeit hin, und insbesondere auf das Auftreten Sinowjews in einer am 9. Mai außerhalb der Partei veranstalteten Versammlung, in der er Ausfälle gegen das Zentralkomitee unternommen habe, ferner auf die Teilnahme Trotzkis und Sinowjews an einer auf dem Moskauer Bahnhof unter dem Vorwand des Abschieds von dem Anhänger der Opposition Smilga, dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des staatlichen Planwirtschaftskomitees veranstalteten Kundgebung, bei der Trotzki an die Demonstranten eine Ansprache gerichtet habe. Der Beschluß hebt hervor, daß die Partei von den Führern der Opposition eine wirkliche Unterordnung unter den Parteiwillen nicht erreichen konnte, daß die Opposition unter Führung oppositioneller Mitglieder des Zentralkomitees eine fraktionelle Tätigkeit entwickelt, die Parteieinheit untergrabe und ihre in der Erklärung vom 16. Oktober 1926 übernommene Verpflichtung, den Kampf einzustellen, vollkommen gebrochen habe.

Die Sozialpatrioten Frankreichs rüsten zur Vaterlandsverteidigung

Paris, 23. Juni. (Bericht des „Vorwärts".) Dem sozialistischen Bezirkstag des Seine-Departements, der zu dem am nächten Sonntag stattfindenden Nationalkongreß über die Heeresreform Stellung nahm, lagen drei Entschließungen vor: 1. der äußersten Linken, die überhaupt jede Verteidigungspflicht für die Sozialistische Partei ablehnt; 2. die des Delegierten Zyromski, der in dem Paul Boncour-Gesetz für die Arbeiterklasse und den Sozialismus bedrohliche Vorschriften sieht, und 3. die des Delegierten Kahn, die das Paul Boncour-Gesetz rückhaltlos billigt. Der Parteiführer Léon Blum erklärte, **daß man das Paul Boncour-Gesetz unverändert hinnehmen könne**, daß man aber im Einverständnis mit der Parteileitung in den Ausführungsbestimmungen gewisse Garantien einführen könne. **Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 1318 Stimmen für das Paul Boncour-Gesetz;** Zyromski erhielt 1253 Stimmen und der linke Flügel 386 Stimmen.

Paris, 27. Juni. (Bericht des Vorwärts vom 27. 6., abds.) Am Sonntag tagte in Paris der Nationalrat der sozialistischen Partei, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Partei nachträglich das „Paul-Boncour-Gesetz" über die Mobilmachung der Nation von Partei wegen gut heißen kann. In der Partei hatten sich gegen diesen Gesetzentwurf lebhafte Widersprüche erhoben. Man erklärte, daß namentlich auch durch die Mobilmachung der Gesellschaften eine Behinderung der Gewerkschaften eintreten würde. Weiterhin befürchtet man, daß eine vollkommene Militarisierung im Falle des Krieges eintreten würde, da die Mobilmachung aller Franzosen ohne Unterschied des Standes, Alters oder Geschlechts vorgesehen wird. . . . Leon Blum als Berichterstatter der Parlamentsfraktion rechtfertigte (!) deren **einstimmige Stellungnahme** für das Gesetz! —

Das Gesetz stellt im Falle eines Krieges alle Organisationen einschließlich der Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien in den Dienst der „Vaterlandsverteidigung". Man sieht, die 2. Internationale läßt sich nicht mehr von einem Kriege „überraschen", sie weiß, was sie der Bourgeoisie schuldig ist, und bereitet sich rechtzeitig auf das internationale Halsabschneiden des internationalen Proletariats vor.

Die Wahrheit über Rußland

Der „Syndikalist", Nr. 26, vom 25. Juni, gibt aus einem Bericht des norwegischen Arbeiters Aksel Eriksen, der in der norwegischen syndikalistischen Zeitung „Alarm" erschienen ist, über seinen zweijährigen Aufenthalt in Rußland folgende Einzelheiten wieder, die wir ohne Kommentar sprechen lassen:

Erlebnisse eines norwegischen Arbeiters in Rußland.

Arbeitszeit und Lohn.

„Die Arbeitszeit in Rußland beträgt 8 Stunden täglich, jedoch werden Ueberstunden geleistet, für die es keinen Aufschlag gibt. In gesundheitsschädlichen Betrieben sind Ueberstunden ganz verboten, was eine der besten Seiten Sowjetrußlands ist. Die Arbeitsverhältnisse sind nicht sehr glänzend. In den Gruben wird die Arbeit am schlechtesten bezahlt. In vielen Gruben sind die Arbeiter zum Untergang verurteilt. Die Löhne schwanken von 14—31 Rubel im Monat. In den Gruben arbeiten auch Frauen beim Kohlenschleppen, Kesselheizen usw. Diese Frauen werden sehr schlecht bezahlt, sie erhalten 8 bis 13 Rubel monatlich, sind also keineswegs ebenso bezahlt wie die Männer. Die Frauen werden immer noch schlecht behandelt. In anderen Berufszweigen ist es etwas besser. In der Metallindustrie schwanken die Löhne von 1½—3½ Rubel täglich. In größeren Fabriken und Gießereien werden dieselben Löhne bezahlt. Auch hier werden Frauen beschäftigt, die für dieselbe Arbeit schlechter als die Männer bezahlt werden.

Einen Begriff über die Kaufkraft der Löhne kann man sich nur machen, wenn man die Preise der Lebensmittel weiß. Ein Kilo Kaffee kostet 9 Rubel, 1 Kilo Zucker 86 Kopeken, 1 Kilo Butter 2½ Rubel, Speck 1 Rubel, Fleisch 90 Kopeken, grobes Brot 18 Kopeken, feines Brot 30 Kopeken pro Kilogramm. Ein Paar Schuhe stehen im Preise von 13—23 Rubel, 1 Hemd 5 Rubel, 1 einfacher Anzug kostet bis 60 Rubel. Ein Anzug, wie ihn in Norwegen die Arbeiter im allgemeinen tragen, kann ein russischer Arbeiter sich höchstens in 20 Jahren einmal kaufen.

Wohnungsverhältnisse.

Die Wohnungsverhältnisse sind ebenfalls sehr schlecht. Ich arbeitete in einer Gießerei und mußte mit 73 Mitarbeitern in einem Raume hausen, darunter waren 18 Familien. Eine Unzahl Wanzen und Schaben waren Mitbewohner. Von der Fabrik aus wurden Wohnungen gebaut, doch die Wände sind so dünn, daß man jedes Wort in der anderen Wohnung hören konnte. Funktionäre und Staatsbeamte, insbesondere die Angestellten der Polizei, haben dagegen hygienische Wohnungen, die sich mit denen anderer Länder messen können. Die Diktatur über die Arbeiterschaft ist sehr ausgeprägt. Wagt es ein Arbeiter, über dies oder jenes Klage zu führen, dann wird er von einem ganzen Stab Rotgardisten abgeführt und kommt ins Gefängnis.

Eriksen erzählt, daß er nicht solange Zeit in Rußland bleiben wollte, jedoch keine Erlaubnis bekam, das Land früher zu verlassen. Nach einer Verfügung der Sowjetregierung kann eine Person, die ohne Erlaubnis der Sowjetbehörden ins Land kommt, 10 Jahre festgehalten werden. Eriksen ging mit 10 Finnen ohne Erlaubnis der Sowjetbehörden nach Rußland. Er erzählt darüber: Wir dachten uns, Rußland sei ein freies Land, in welches wir ohne besondere Erlaubnis reisen können, da wir unsern Paß in Ordnung hatten. Doch wir täuschten uns. Es bereitete große Schwierigkeiten, aus dem Lande zu kommen.

Ausländische Arbeiterdelegationen in Rußland.

Auf die Frage, daß es doch eigentümlich sei, weshalb die Arbeiter-Delegationen nicht diese Dinge berichten, antwortet Eriksen:

Die Delegationen bekommen nur das zu sehen, was die Machthaber wünschen. Ich arbeitete gerade in einer Fabrik in der Nähe von Nischni-Nowgorod, als eine englische Arbeiter-Delegation ankam. Eines Tages erhielten wir Anweisungen, sowohl die Fabrik als auch die Wohnungen reine zu machen. Nachdem wir unsere Baracken gesäubert hatten, mußten wir die zerrissenen Strohsäcke, auf denen wir lagen, hinausbringen. Danach kamen zwei Eisenbahnzüge mit Matratzen und Decken an, die wir in unsere Wohnungen bekamen. Wir fragten uns alle, was da eigentlich vor sich ginge, ob eine neue Weltordnung eingeführt würde, da wir nun mit einem Male gute Matratzen und Decken erhielten. Doch diese Herrlichkeit dauerte nicht lange, bereits tags darauf wurde alles wieder weggeholt und wir mußten unsere alten Strohsäcke wieder hineinnehmen. Der Grund hierfür war, daß eine englische Arbeiter-Delegation erwartet wurde, und deshalb wollte man, daß alles ordentlich aussehe.

Schwierigkeiten bei der Ausreise.

Eriksen hatte keine große Lust, unter diesen Umständen noch weiter in Rußland zu bleiben und wollte mit seinen finnischen Reisegenossen wieder zurückfahren. Sie gingen zum Polizeikommissar, um die Ausreise zu erwirken, mußten jedoch zunächst drei Monate warten. Eines Tages wurden sie unterrichtet, daß ihrer Ausreise nichts entgegenstände. Der Polizeikommissar in Nowgorod instruierte die Ausreisenden, alle Papiere, überhaupt alles Schriftliche, das sie besaßen, zu verbrennen. Ein gewöhnlicher Brief könnte schicksalsschwere Folgen haben. Der Mann hatte Recht. Als die elf Reisenden in Leningrad ankamen, wurden sie von Rotgardisten zur Polizeistation geführt und einem Verhör unterworfen sowie einer Leibesvisitation unterzogen, ob sie nicht kompromittierende Papiere hätten. Danach wurde ihnen erklärt, ihre Ausreisepapiere seien nicht in Ordnung und sie müßten zurück nach Nowgorod. Da jedoch die Arbeiter protestierten, wurde ihnen nach einiger Zeit die Ausreise dennoch gestattet. Die nächste Station war Soworsk, wo sie wieder Schwierigkeiten hatten, und dann erst erhielten sie Ausreisepapiere nach Karel. In Karel wurden sie aufs neue angehalten und ins Gefängnis geführt, in dem zahlreiche Gefangene, darunter viele Finnen, waren. Der größte Teil der Gefangenen waren politisch Verfolgte, darunter eine größere Anzahl Syndikalisten und Anarchisten. Die angewiesenen Zellen, in denen die Arbeiter zu drei untergebracht wurden, waren so klein, daß die Betten zusammengeklappt werden mußten, wenn der Gefängnisaufseher hinein wollte. Dazu war es so schmutzig, daß der Gestank einem den Atem raubte, und auch hier gab es Millionen von Wanzen und Schaben. Nach drei Tagen ging es zum Verhör, und schließlich gewährte man ihnen doch die Ausreise. Auf dem Bahnhof mußten sie noch 18 Stunden unter Bewachung in einem kalten Raume ohne Essen, ja selbst ohne Wasser zubringen. Dann erst wurden sie den finnischen Behörden übergeben.

Die finnischen Reisebegleiter unseres Genossen waren überbeglückt, als sie in ihre Heimat ankamen und erklärten, daß sie es vorzögen, 10 Jahre in einem finnischen Gefängnis als ein Jahr als freier Mensch in Rußland zu sein.

Anm. d. Red. d. Syndik.: Wir geben diesen Bericht gekürzt wieder und weisen darauf hin, daß hier ein klassenbewußter, organisierter Arbeiter seine Erlebnisse in einfacher Weise schildert. Wenn er nichts Glänzendes zu berichten weiß, dann liegt das wohl daran, daß die Verhältnisse in Sowjetrußland für die Arbeiter alles andere als glänzend sind."

Rationalisierung und Arbeiterklasse

II.

War der 16-, 14- und 10-Stundentag in der Vergangenheit infolge der Arbeitsintensivierung unvereinbar mit dem Verbrauch an Arbeitsenergien, so ist heute sogar der Achtstundentag viel zu lang, ganz abgesehen davon, daß die neuen Ausbeutungsmethoden eine größere Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter bedeuten. Marx sagt: „Der Tageswert der Arbeiterschaft ist nämlich geschätzt auf ihre normale Durchschnittsdauer oder die normale Lebensperiode des Arbeiters und auf entsprechenden normalen, der menschlichen Natur angemessenen Umsatz von Lebenssubstanz in Bewegung. Bis zu einem gewissen Punkt kann der größere Verschleiß der Arbeitskraft durch größeren Ersatz kompensiert werden." (Alle Zitate sind dem III. Band des „Kapital" von Marx entnommen.)

Demnach erhöht die ex- oder intensive Ausdehnung des Arbeitstages den Wert der Arbeitskraft. Es ist berechnet worden, daß ein durchschnittlicher Arbeiter, der nach dem Taylorsystem ausgebeutet wird, für die Reproduktion der verbrauchten Kraft, anstatt 50, 339 Gramm Fette braucht. Die „hohen" Löhne der amerikanischen Arbeiter sind im gewissen Sinne nur der Ausdruck des erhöhten Wertes der Arbeitskraft, die zerstört werden würde, wenn man dem Arbeiter nicht eine Ernährung gewährleistete, die unter dem Regime der Rationalisierung für die Erhaltung seiner Energien notwendig ist. Die Intensivierung der Arbeit kann aber einen Grad erreichen, bei dessen Ueberschreiten die Erhöhung des Lohnes nicht mehr den Verbrauch menschlicher Energien zu kompensieren vermag. Das ist eine der größten Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen. „Indem der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft . . . überläßt er dem Kapitalisten den Verbrauch dieser Kraft innerhalb gewisser vernünftiger Grenzen. Er verkauft seine Arbeitskraft, um sie, abgesehen von ihrer natürlichen Abnutzung, zu erhalten, aber nicht um sie zu zerstören. Indem er seine Arbeitskraft zu ihrem Tages- oder Wochenwerte verkauft, ist damit zugegeben, daß diese Arbeitskraft nicht in einem Tage oder einer Woche einer Abnutzung von zwei Tagen oder zwei Wochen unterworfen wird. . . Die Maschine wird nicht genau in demselben Verhältnis verbraucht, in dem sie benutzt wird. Der Arbeiter hingegen verfällt in viel größerem Maßstab, als durch die bloße zahlenmäßige Häufung der Arbeit sichtbar wird". An einer anderen Stelle finden wir den Gedanken von Marx noch klarer ausgedrückt. „Ueber diesen Punkt hinaus wächst der Verschleiß in geometrischer Progression und werden zugleich alle normalen Reproduktions- und Betätigungsbedingungen der Arbeitskraft zerstört. Der Preis der Arbeitskraft und ihr Exploitationsgrad hören auf, miteinander kommunfurable Größen zu sein." —

Der technische Fortschritt ruft auch die Arbeitslosigkeit hervor. Derselbe Prozeß, der die organisatorische Struktur des Kapitals auf eine höhere Stufe hebt und demnach die Tendenz der ständig sinkenden Profitrale verursacht, verringert das Quantum des Mehrwertes, das von dem jeweiligen Kapital erzeugt wird, da gleichzeitig die Zahl der Arbeiter abnimmt, die dieses Kapital beschäftigen kann. Der Kapitalismus schafft sogleich eine wirtschaftliche Reservearmee als spezifische Begleiterscheinung in allen seinen historischen Phasen. Genau so wie das Quantum des Mehrwertes nicht auf dem früheren, hohen Niveau gehalten werden, oder ohne ständige Vermehrung des es produzierenden Kapitals gesteigert werden kann, kann auch die Zahl der Arbeiter nicht auf der gleichen Höhe bleiben oder zunehmen ohne ständige Vermehrung des Kapitals, weil die Zahl der Arbeiter, die das jeweilige Kapital beschäftigt, und auch das Quantum des Mehrwertes, die dieses Kapital imstande ist zu produzieren, ständig sinkende Größen darstellen. Je weiter die Akkumulation des Kapitals fortschreitet, um so mehr verschärft sich diese Tendenz. Marx sagt: „Einerseits attrachiert (anziehen) also das im Fortgang der Akkumulation gebildete Zuschußkapital, verhältnismäßig zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter. Andererseits repelliert (zurücktreiben, abweisen) das periodisch in neuer Zusammensetzung reproduzierte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter."

Wenn früher jede Krise und jede konsequente Rationalisierung ungeheure Massen Lohnarbeiter auf die Straße setzten, so konnte der Kapitalismus selbst ein Gegenmittel gegen dieses soziale Uebel schaffen, indem er eine neue Erweiterung des Absatzes, eine neue Blüteperiode vorbereitete, in der das Kapital nicht nur die abgestoßenen, sondern darüber hinaus noch eine größere Anzahl neuer Arbeitskräfte in die Produktion einstellte. Erst nach Einführung der maschinenmäßigen Produktion verdammte der technische Fortschritt bestimmte Kategorien der in der Manufaktur und im Handwerk beschäftigten Arbeiter zur ständigen Arbeitslosigkeit und zum Hungertod. Es gab eine Zeit, da einige Apologeten des kapitalistischen Systems nachzuweisen suchten, daß der technische Fortschritt unter kapitalistischem Regime keine Arbeitslosigkeit hervorruft. Nach Meinung dieser Wirtschaftslehrer sollte die maschinenmäßige Produktion ebensoviel Arbeiter beschäftigen, wie durch die Einführung der Maschinen Arbeiter verdrängt werden. Marx entgegnete darauf: 1. die Maschine ist nur dann rentabel, wenn der Wert der gesparten Arbeitskraft ihren eigenen Wert übersteigt; 2. das in den Maschinen angelegte Kapital besteht nicht nur aus variablem Kapital, sondern auch und vielleicht hauptsächlich aus konstantem Kapital, so daß die Zahl der im Maschinenbau beschäftigten Arbeiter hinter der Zahl der durch die Anwendung der Maschinen verdrängten Arbeiter in verhängnisvoller Weise zurückbleiben muß. Immerhin waren einige Faktoren vorhanden, die nach Einführung der Maschinen in anderen Zweigen der Wirtschaft eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften schufen. Die erhöhte Produktion erforderte größere Mengen Rohstoffe und Transportmittel und die konsequente Preissenkung als Folge der maschinenmäßigen Produktion erweiterte die Produktion in den Zweigen, in denen die Erzeugnisse der maschinenmäßigen Produktion als Rohstoffe oder Produktionsmittel in Betracht kamen.

Diese Faktoren, die seinerzeit die Arbeitslosigkeit linderten und die Möglichkeiten boten, einen Teil der Arbeitslosen in anderen Zweigen unterzubringen, haben in Verbindung mit den modernen Methoden der Rationalisierung die Geltung verloren. Wir betonten schon, daß die Organisierung und Teilung der Arbeit das Charakteristische der gegenwärtigen Rationalisierung sind. In unseren Tagen ist die Rationalisierung nicht so sehr auf die Einführung neuer Maschinen gerichtet, als auf die Schaffung neuer Methoden und neuer Mittel, die der gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft dienen. Man kann also nicht damit rechnen, daß das Wachsen der Maschinenindustrie einen, wenn auch nur unbedeutenden Teil der Arbeitslosen, der Opfer der Rationalisierung aufsaugen wird. Soweit die Produktion nicht erweitert, die Menge des zur Verarbeitung bestimmten Rohmaterials nicht erhöht wird, soweit die bestehenden Monopole den Preisabbau verhindern, wird auch der Prozeß der Rationalisierung nicht imstande sein, die Produktion in den Zweigen zu erweitern, die die Erzeugnisse der „rationalisierten" Betriebe entweder als Rohstoffe oder Produktionsmittel verwenden. Die Arbeitslosigkeit wächst sowohl intensiv als auch extensiv, weil die Senkung der Qualifikation die Lehrzeit verringert. Jugendliche, die bisher mehrere Jahre dem Arbeitsmarkt fernblieben, werden jetzt massenweise auf den Arbeitsmarkt geworfen und erhöhen folglich auch die Zahl der Arbeitssuchenden. Dabei ist es gleichgültig: „. . . ob diese Ueberbevölkerung nun die auffallendere Form von Repulsion bereits beschäftigter Arbeiter oder die mehr unscheinbare aber nicht minder wirksame erschwerter Absorption der zuschüssigen Arbeiterbevölkerung in ihre gewohnten Abzugskanäle" annimmt. (Marx). Die gegenwärtige die Rationalisierung begleitende Arbeitslosigkeit kann nicht verschwinden. Sie wird nicht nur für die Arbeitslosen selbst, sondern auch für die beschäftigten Arbeiter die schwersten Folgen haben, die noch ausgebeutet werden.

Die ungeheure Masse der Arbeitslosen muß früher oder später die Gesetze durchbrechen, die das Angebot und die Nachfrage der Arbeitskräfte regeln. Unter dem kapitalistischen Regime, das sich auf das Prinzip der freien Konkurrenz stützt, wird die Ware nach ihrem Wert verkauft. Die Marktpreise, die im Konkurrenzwege durch Angebot und Nachfrage festgesetzt werden, bewegen sich um diesen festen Punkt in Schwankungen nach oben und unten, abhängig von der jeweiligen Konjuktur. Die Steigerung der Produktivität, die relative Verringerung des variablen Kapitals hat die Tendenz, eine ständige verhältnismäßige Ueberbevölkerung zu schaffen. Selbst unter dem gesunden und „normalen" Kapitalismus der Vorkriegsepoche nahm die Arbeitskraft unter den anderen Waren in dem Sinne eine besondere Stellung ein, als das Angebot stets die Tendenz hatte, die Nachfrage zu überholen, weil die Erzeugung von Arbeitskräften nicht willkürlich beschränkt oder erweitert werden konnte, wie die Erzeugung anderer Waren. Daher die Tendenz des Kapitalismus, den Preis der Arbeitskraft unter den Wert zu drücken. Solange die verhältnismäßige Ueberbevölkerung nicht gewaltige Ausmaße annahm, konnten die Gewerkschaften das Angebot auf dem Arbeitsmarkt regeln. Doch diese Zeiten sind für diese allemal vorbei.

(Fortsetzung folgt.)

Wera Figner

Erinnerungen einer Terroristin.

(Fortsetzung.)

Plechanow und Popow kamen zum Kongreß und wandten sich gegen die Anwendung des Terrors, da derselbe der Bewegung mehr schade als nütze. Sie hielten die alltägliche Kleinarbeit unter den Bauern für die dringendste Aufgabe. Stefanowitsch, Leo Deutsch und Wera Sassulitsch, die aus dem Ausland heimlich zum Kongreß gekommen waren, stellten sich gleichfalls auf den Standpunkt Plechanows. Die Debatte wurde ungemein leidenschaftlich geführt, und als Plechanow mit seiner Meinung nicht durchdringen konnte, verließ er zornig den Kongreß. Er hat bald danach Rußland für lange Zeit verlassen. Es ist gerade bewunderungswürdig, mit welcher Objektivität Wera Figner die Unvermeidlichkeit des Terrorismus nachweist aber auch zugleich die Schattenseiten desselben beleuchtet. Wera Figner schildert, wie die Anwendung der Gewalt zugleich oft Raubtierinstinkte weckt, z. B. die Mittel der Ueberlistung, deren man sich bedienen mußte. Im Auftrage der Verschwörung hatten sich manche ihrer Mitglieder der Geheimpolizei verdingt, in der Absicht, diese irrezuführen und auszuspähen. Eine solche Doppelrolle zu spielen, ist aber reinen Charakteren nicht möglich, und es ist darum auch nicht verwunderlich, daß manche dieser Sendlinge von der einen Rolle in die andere nicht mehr zurückfanden, daß sie Verlockungen, denen zu erliegen sie nur vorgeben sollten, tatsächlich erlagen, und daß die Reihen der Revolutionäre von Verrätern durchsetzt wurden. Im Mittelpunkt der historischen Begebenheiten, die Wera Figner darstellt, stehen die Vorbereitungen zur Ermordung Alexander des II. und diese selbst. Diesem bedeutungsvollsten Terrorakt waren aber unzählige andere Attentate vorausgegangen, und jedes von diesen hatte den Teil der russischen Bevölkerung, der Zeitungen las und sich um das öffentliche Leben kümmerte, aufgewühlt, und mit Furcht und Hoffnung erfüllt. Sooft ein berüchtigter Gouverneur, ein verhaßter Würdenträger einem revolutionären Anschlag zum Opfer fiel, erwartete man, daß die erschrockene Regierung sich zu Reformen verstehen würde; aber es folgten immer noch mehr grausamere Repressalien. Am höchsten waren die Erwartungen nach dem 1. März 1891 gespannt, als der schon sechsmal vorher mißglückte Anschlag auf das Leben des Zaren gelungen war. Aber auch jetzt vollzog sich kein Umschwung. Ehe noch Alexander der II. sein Leben ausgehaucht hatte, wurde schon in allen Kirchen dem neuen Zaren Treue geschworen, und ein Brief, den die Verschwörer an Alexander III. richteten, und in welchem sie bürgerliche Rechte und eine Konstitution forderten, wurde durch ein Manifest beantwortet, in welchem die Regierung kundtat, daß die Grundsätze des Selbstherrschertums unerschütterlich seien. Binnen weniger Wochen fielen von den **28 Mitgliedern des revolutionären** Vollzugsausschusses nicht weniger als 20 in die Hände der Polizei.

Nach der Ermordung des Zaren führte Wera Figner fast ein Jahr hindurch das ruhelose Leben einer Verfolgten, bis auch sie von dem unausweichlichen Schicksal ihrer Kameraden ereilt wurde. Zuerst wollte sie durchaus in Petersburg bleiben, und ein Attentat auf Alexander III. ins Werk setzen. Ihre Freunde hielten diesen Plan für undurchführbar und drangen darauf, daß sie, gleich den anderen noch in Freiheit befindlichen Mitgliedern des Vollzugsausschusses, die Hauptstadt verlasse. Sie hielt sich dann abwechselnd in Moskau, Odessa und Charkow auf. Immer rastlos für die revolutionäre Sache tätig, half sie andere Verfolgte zu verbergen, Gefangene zu befreien, Verräter unschädlich zu machen und Druckereien zu gründen, die dann wieder von der Polizei entdeckt und zerstört wurden. Sie durchquerte auch das Land in verschiedenen Richtungen, um für die Bewegung Geld von Sympathisierenden zu erlangen. Diese hatten vor dem Zarenmord sehr bedeutende Beträge gegeben und noch mehr versprochen. Nun aber, da der erwartete Erfolg des Attentats ausgeblieben war, fand Wera Figner taube Ohren und verschlossene Herzen. Die Bourgeoisie war enttäuscht. Die Reihen der Revolutionäre lichteten sich und der Polizeiapparat war vervollkommnet worden. Der zusammengeschmolzene Vollzugsausschuß bemühte sich, neue Mitglieder heranzuziehen, und machte einen Versuch, das religiöse Sektenwesen, das in der russischen Bauernschaft immer bestanden hat, für die Revolution auszunützen. Sie hofften, den Gegensatz, in welchem diese Sekten zur Staatskirche stehen, um so leichter zu einem Widerstand gegen den Despotismus organisieren zu können, als der jeweilige Zar Oberhaupt der orthodoxen Kirche war. Aber auch diese Bemühungen schlugen zum größten Teil fehl.

Ein halbes Jahr nach dem Tode Alexander II. suchte der berühmte Schriftsteller Wichailowsky, dem Wera Figners Aufenthalt und Deckname bekannt war, sie in Charkow auf. Er hatte einen Auftrag von Personen, die der Regierung nahestanden, zu erkunden, ob die revolutionäre Partei nicht geneigt wäre, mit der Regierung einen Waffenstillstand zu schließen. Die Regierung sei zu Reformen bereit, könne diese aber unmöglich unter dem Drucke des Terrors vornehmen. Im Besitz der Zusicherung, daß dieser Druck aufgehoben sei, wolle sie anläßlich der Krönung des Zaren volle politische Amnestie, Pressefreiheit und Freiheit für friedliche sozialistische Propaganda gewähren. Zum Beweis ihrer Friedfertigkeit mache sich die Regierung erbötig, eines der verhafteten Mitglieder des Vollzugsausschusses sofort in Freiheit zu setzen. Da sich Jahre vorher ein ähnlicher Schritt der Regierung als ein Akt der Hinterlist erwiesen hatte, und weil sich auch diesmal der Verdacht aufdrängen mußte, daß die Machthaber entweder den gutgläubigen Wichailowsky bloß mißbrauchen wollten, um die Partei auszuspionieren oder daß sie im besten Falle nichts anderes beabsichtige, als für den Krönungszug Sicherheit zu verschaffen, und nachträglich ihre Zusicherungen zu brechen, wurde das Anerbieten von Wera Figner im Einvernehmen mit ihren Freunden abgelehnt.

Während diese fortfuhr, unablässig tätig zu sein, bemächtigte sich ihrer doch eine schwere Entmutigung. Es wollte kein Unternehmen mehr gelingen, sie mußte zusehen, wie fast alle, die sie zur Arbeit herangezogen hatte, in den Abgrund polizeilicher Verfolgung versanken. „Das Volk", so schreibt sie, „war stumm und verstand uns nicht, die Gesellschaft verstand uns und schwieg trotzdem, die Geschichte schien gegen uns. Um 25 Jahre waren wir dem Gang der Ereignisse vorausgeeilt. Die Elite der russischen Revolution, gering an Zahl, doch kühnen Geistes, war hinweggefegt worden, war zertreten und vernichtet. Meine Kameraden aus dem Vollzugsausschuß starben nacheinander, die einen auf dem Schaffot, die anderen langsamer an Hunger in den Mauern des Alexei-Vorwerkes. Die ganze Organisation war nur noch ein Trümmerhaufen und auf diesen Trümmern feierte die „Arbeit" Sergey Degajews ihre Triumphe." (Sergey Degajews, ein alter Kampfgefährte, der im großen Maßstab Verrat geübt und Wera Figner der Polizei ausgeliefert hat.)

Am 10. Februar 1882 wurde Wera Figner verhaftet. Die Untersuchungshaft, die sie in einsamer Zelle verbrachte, wirkte sehr niederdrückend auf ihre Nerven, noch schwerer aber ertrug sie das erste Jahr in der Schlüsselburg. Sie verbrachte es in vollständiger Abgeschlossenheit und nur an dem Wehgeschrei Mißhandelter oder Schwerkranker und an den Zurüstungen für eine Hinrichtung konnte sie hie und da merken, daß sie nicht ganz allein mit ihren stummen Wächtern die Festung bewohnte. Nach und nach wurde sie allerdings in die Geheimnisse der Klopfsprache, dieser einzigen Lebensäußerung der Gefangenen, eingeführt. Aber das Klopfen war streng verboten und konnte darum nur selten geübt werden. Wera Figners Nerven waren nahe daran, den Folgen überstandener seelischer Erschütterungen und der drückenden Einsamkeit unaufhaltsam zu erliegen. Schon fühlte sie sich dem Wahnsinn nahe, als sie instinktiv nach einem Rettungsmittel griff. Die Gefängnisordnung, die in jeder Zelle angeschlagen war, stellten den Sträflingen, die sich gut betrugen, als Belohnung regelmäßige Spaziergänge zu zweien im Gefängnishof in Aussicht. Wera wußte, daß außer ihr noch eine weibliche Gefangene, Ludmilla Wolkenstein, deren Prozeß mit dem der Figner zugleich verhandelt worden ist, eingekerkert sein müsse. Sie kannte sie nur vom Sehen, bat aber den Gefängnisbeamten darum, sich mit der Wolkenstein im Hof ergehen zu dürfen. Dies wurde gewährt und dadurch richtete sich der gebrochene Mut Wera Figners wieder auf. Zuerst durften die beiden Frauen nur auf dem Steinpflaster des engen, von hohen Mauern umgebenen, engen Gefängnishofes aufhalten; später gestattete man ihnen, auf einem umzäunten Stück Feld ein Gemüsebeet anzulegen. Die körperliche Arbeit, die hervorsprießenden Pflanzen geben Wera Figner die Hoffnung, daß die Natur noch nicht erstorben ist. Auch andere Gefangene durften sich im Hof zu zweien ergehen, oder im Garten arbeiten, aber nicht alle. Diese Begünstigung wurde ganz willkürlich und ohne Begründung gegeben und verweigert, so daß manche nach langer Kerkerhaft starben, ohne je in das Antlitz eines Mitgefangenen gesehen zu haben. Ludmilla Wolkensteins Gerechtigkeitssinn konnte es nicht ertragen, eine Bevorzugung zu genießen und es gelang ihr, wenn auch erst nach langem Widerstreben, Wera Figner und auch die begünstigten Männer, mit denen sie sich durch Klopfen verständigte, dazu zu bewegen, auf die Begünstigung für so lange zu verzichten, als sie nicht allen gewährt wurde. Durch anderthalb Jahren haben die beiden Frauen aufs neue die Höllenqual gänzlicher Abgeschlossenheit und Eingeschlossenheit ertragen, bis endlich die gemeinsamen Spaziergänge im Freien allen gewährt wurden.

Aber die Solidarität der Gefangenen sollte noch andere schwere Proben zu bestehen haben. Einmal, als Wera Figner ein Klopfgespräch mit ihrem Zellennachbar Popow führte, demselben Popow, der seinerseit im Vollzugsausschuß Plechanow in seinem Kampfe gegen den Terrorismus unterstützt hatte, hörte sie, wie die Wache plötzlich in Popows Zelle eindrang und ihn hinwegführte. Sie begriff sofort, daß Popow wieder einmal nach dem „alten Gebäude", dem gefürchteten Korrektionshaus gebracht wurde, wo er erst vor kurzem grausam geschlagen worden war. Diesmal geschah es zur Strafe für das verbotene Klopfen. Wera Figner rief nach dem Aufseher und verlangte engergisch ebenfalls nach dem „alten Gebäude" gebracht zu werden, weil sie gleich Popow geklopft habe. Sie hoffte, durch ihre Gegenwart den Kameraden vor Mißhandlungen zu schützen. Es gelang ihr auch wirklich, den Kameraden vor dem Schlimmsten zu bewahren, aber nur, indem sie gleich ihm Grausames ertrug.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft

Die Chirurgie-Mechanik

Wie Blut und Knochen in Gold umgemünzt werden.

Die Industrie chirurgischer Instrumente kann besser als jede andere als Gradmesser des kapitalistischen Aufstiegs herangezogen werden. Ist auch der Kapitalismus „blut- und schmutztriefend“ zur Welt gekommen, wie Karl Marx sich ausdrückt, so bedeutet sein Aufstieg doch in demselben Maße Steigerung des Leidens der Arbeiterklasse als er für die Bourgeoisie Wohlstand bedeutet. Je komplizierter der Produktionsprozeß, desto gefährlicher die Arbeit für den Arbeiter. Die Entwicklung der Chirurgie-Mechanik veranschaulicht dies.

Die Herstellung von Chirurgie-Instrumenten wird erst seit etwa 80 Jahren durch ein besonderes Fachgewerbe ausgeübt. Und zwar entwickelte sie sich aus dem Messerschmiedegewerbe. Um die Jahrhundertwende gab es erst etwa ein Dutzend Betriebe (Jetter-Tuttlingen, Mahrt und Hörning-Göttingen, Walb-Heidelberg, H. Winkler-Berlin und einige andere Betriebe in anderen Universitätsstädten). Insgesamt mag das Gewerbe vor 30 Jahren etwa 400 Arbeiter beschäftigt haben. Diese Betriebe befaßten sich aber nicht nur mit der Herstellung chirurgischer Instrumente (für Aerzte, Zahnärzte etc.), sie fertigten auch orthopädische Apparate, Bandagen, Bruchbänder, Gradehalter, künstliche Glieder. Dieser Zweig sonderte sich immer mehr und mehr ab von der Fabrikation chirurgischer Instrumente; dafür entwickelt sich die letztere aber zur Industrie. Je mehr der Kapitalismus den Handwerksbetrieb verdrängte und an seine Stelle die Arbeitsteilung, d. h. die industrielle Produktion der Waren setzte, desto gefährlicher wurde die Arbeit. Der Industriebetrieb mit seinen Dreh-, Stoß-, Hobelbänken, mit seinen Stanzen und Preßmaschinen, Dampfhämmern und Gesenken, mit seinem schwirrenden Wald von Riemen und Kupplungen zerriß mehr Proletarierleiber als der präzis arbeitende bedächtig geleitete Handwerksbetrieb. Der Bedarf chirurgischer Instrumente stieg, es stieg die Industrie, die aus den zerbrochenen Armen und Beinen der Lohnsklaven Profite münzte. Die Hochkonjunktur für das Gewerbe kam, als der Kapitalismus in die Sackgasse geraten war, als er mit Kanonen und Flammenwerfern den Kampf um die Absatzmärkte führen mußte.

War bisher Deutschland führend gewesen auf dem Weltmarkt und fast die ganze Welt mit chirurgischen Instrumenten versorgte, so brachte der Weltkrieg auch hier die Wandlung. Es bildeten sich in den bis dahin von deutscher Fabrikation belieferten Ländern eine eigene Herstellung von Chirurgie-Instrumenten heraus und beeinflußte den Export. Da die deutschen Fabrikanten aber technisierten und „rationalisierten“, entstand bei dem mangelnden Export eine Ueberproduktion, die naturgemäß stark auf die Preise der Instrumente drückte. Diese Behauptung wird kaum eines weiteren Beweises bedürfen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Preise der Instrumente heute ungefähr denen der Vorkriegszeit entsprechen, während die Löhne entsprechend der Teuerung um 60 bis 70 Prozent, die Materialien um etwa 40 Prozent und die Unkosten unter Berücksichtigung der bedeutend erhöhten Steuern um etwa 100 Prozent gestiegen sind. Trotzdem ist diese Industrie eine Goldgrube. Daraus kann man ermessen, wie lukrativ findige Kapitalisten und wie kapitalistische Wissenschaft Blut und Knochen zerfetzter Proletarier in Profit umzuwandeln verstanden. Der Beweis dafür ist, daß eine ganze Anzahl kleiner Scherenschleifer zu gewaltigen Industrieherren emporwuchsen. Die Arbeiter aber, infolge ihres Künstlerdünkels, gehören zu den schlechtbezahltesten der deutschen Industrie, obwohl sie technisch hochqualifiziert sind.

Obwohl sich die Herstellung orthopädischer Artikel zur besonderen Prothesenindustrie entwickelte, ist die Chirurgie-Mechanik zu einer verhältnismäßig großen Industrie geworden. Man wird nicht fehl gehen, wenn man die Gesamtzahl der in Deutschland im Chirurgiefach direkt mit der Herstellung von Instrumenten beschäftigten Arbeiter auf 12 000 bis 15 000 beziffert und es dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man die Gesamtzahl der in diesem Fache beschäftigten Menschen auf 20 000 bis 22 000 schätzt. Ein gewaltiges Heer von Proletariern, das sich dauernd nur mit der Herstellung von Instrumenten zur Reparatur zerfetzter Proletarierleiber beschäftigt. Das ist indes nur eine kleine Seite der kapitalistischen Segnungen. Die Prothesen-, Sarg-, Medikamente- etc. Industrien, die Blut und Knochen der Proletarier direkt in Gold ummünzen, beschäftigen die vielfache Anzahl Arbeiter. Legion dagegen ist das Heer derjenigen Arbeiter, die sich mit der Herstellung von Instrumenten zum Abmurksen der Proletarier beschäftigen für den Fall, wo sich die Profithyänen um die Absatzmärkte in die Haare geraten. — Eine göttliche Weltordnung.

Aus der Bewegung

Die „Taktiker“

Wir meinen die Fraktion Fischer-Maslow-Scholem und Genossen. Vor kurzem noch hielten sie es für „taktisch klug“, eine wüste Hetze gegen die PAPD. aufzuziehen, um der Granateninternationale ihre Hundetreue zu beweisen. Aber diese „Taktik“ hat nichts genützt. Es wurde ihre byzantinische Hundetreue als „Taktik“ auch von Moskau gewürdigt und höhnend zurückgewiesen. Schon früher ließ man einige Brocken über die tatsächlichen Zustände in Rußland fallen, aber man wollte nur mit „Enthüllungen“ drohen, wenn die Götter Moskaus sich nicht erweichen lassen sollten, die „Ausgeschlossenen“ wieder aufzunehmen. Es hat ebenfalls nicht gezogen. So sitzt die Fraktion der goldenen Mitte zwischen zwei Stühlen und muß zusehen, wie die Proletarier, angeekelt von einer solchen Komödie, das Feld räumen.

Anscheinend hat man sich nun entschlossen, den Kurs etwas mehr nach „links“ zu nehmen. Das beweist ein Artikel in der „Fahne des Kommunismus“, Nr. 14, der sich mit der Lage in Rußland beschäftigt. Man liest dort:

„Denn Stalin u. Co. **leugneten** bisher dreist und laut das Vorhandensein **gegenrevolutionärer** Strömungen, Klassenschichten und Organisationen in der Sowjetunion. Jetzt wollen sie mit einer Geste sich als wirkliche, echt proletarische Revolutionäre geben. **Das aber kann ihnen nicht gelingen.** Die 20 Weißgardisten, die da von der GPU. erledigt worden sind, **sind nicht allein die russische Gegenrevolution.** Die jetzige Führung gibt eine Begründung“ dieser 20 Erschießungen, die von der Sache selbst ablenken soll. Sie stellt diese 20 als **englische** Söldlinge dar. Das stimmt: England versteht sich sehr wohl auf derlei Angelegenheiten. Aber nicht die englische Gegenrevolution allein ist **die** Gegenrevolution in Rußland, sondern die auf dem Boden der Nep gewachsene, russische Gegenrevolution ist **die** Gegenrevolution in der Sowjetunion. Das EKKI, das eben getagt hat, hat sich um die chinesischen Probleme mit dem Taschenspielerkunststück gedrückt, die Gegenrevolution, das seien doch die Imperialisten. Für Sowjetrußland dasselbe chinesische Gauklerstück anzuwenden, das geht nicht. **Aber gerade das tut Stalin.** Er läßt zwar 20 Weißgardisten erschießen. Das wäre vorzüglich, wenn der russischen Gegenrevolution endlich wirklich zu Leibe gegangen würde. In den Dorfsowjets der Ukraine, des Kulangebiets, Westsibirien, sitzen Kulaken. Es wächst neue Nep-Bourgeoisie heran, neue gegenrevolutionäre Intelligenz, wirkliche **klassenm**äßige Gegenrevolution. **Gegen diese geschieht nichts.** Im Gegenteil: ihnen werden Konzessionen gemacht. „Bereichert euch!“ — diese Losung ist nicht vergessen! Der wohlhabende Bauer ist gut für den Staat, der arme bloß für die Partei — diese kalininsche Devise ist noch nicht vergessen! Man kann nicht gegen die Kulaken mit Maschinengewehren kämpfen — dieser stumpfsinnige Ausspruch ist noch nicht vergessen! Man glaubte mit diesem Ausspruch einen „Schlager“ gegen die Opposition, d. h. gegen die Kommunisten, ins Feld zu führen. **Und was dann, wenn die Kulaken** anfangen werden, mit Maschinengewehren zu kämpfen?

Man hat ihnen politische Rechte gegeben, die Sowjets dagegen kastriert man; Sowjetkongreß nur alle zwei Jahre, weil alles „konsolidiert“ sei. Die GPU. hat 20 gefährliche Gegenrevolutionäre liquidiert. Hat sie die Gegenrevolution liquidiert? Nichts dergleichen. Die gesamte russische Politik der jetzigen „Führung“ der KPdSU. züchtet die Gegenrevolution heran. Die Gegenrevolution wird **legal** herangezüchtet. Und der Bericht der GPU. zeigt gerade, daß die Gegenrevolution immer frecher wurde, je mehr die Opposition, d. h. die Kommunisten, bekämpft wurden. Die Liste zählt lauter Verschwörungen seit dem 14. Parteitag auf.

Die Politik der Löhne und Preise entfremdet die Sowjetregierung der Arbeiterklasse. Die Rationalisierungsmaßnahmen entfremden den Sowjetstaat der Arbeiterklasse. Der Bürokratismus tötet die Verbindung der Arbeiterklasse mit dem Sowjetstaat. Die Konzessionen an die reichen Bauern, die ziemlich systematische Entnationalisierung von Grund und Boden durch Verlängerung der Pachtfristen, die Begünstigung der Nepbourgeoisie schaffen eine neue Bourgeoisie im Dorfe und in der Stadt, die politische Ansprüche stellt und durch die ihr gemachten Konzessionen nur dreist wird, nicht aber sich zufriedengibt. Nicht nur Chamberlain und Baldwin fordern die Abschaffung des Außenhandelsmonopols — die **Kulaken** fordern das und die Nephändler wollen das. Nicht nur die kapitalistischen Scharfmacher des Auslandes sind für Abschaffung des 8-Stundentages — die **Kulaken** fordern das und die russischen Privatkapitalisten sind dafür.

Gegen die wirkliche und immer drohender werdende innere Gegenrevolution tun die Stalin — Rykow nichts und können sie nichts tun.“

Demnach sind die Stalin-Rykow der Kopf der russischen Konterrevolution, denn sie sind doch wohl die Regierung der herrschenden Klasse und treiben die Politik der „klassenmäßigen“ Konterrevolution. Wie verhält es sich aber nun mit dem Geschrei: „Hände weg von Rußland?“, diesem Hauptschlager der Urbahns-Leute? Diese — allerdings etwas „taktisch kluge“ Analyse ist doch weiter nichts, als eine offene Aufforderung an das russische Proletariat, die konterrevolutionäre Stalin-Regierung zum Teufel zu jagen, weil sie nichts gegen die Konterrevolution tut, und so zumindest der Platzhalter der Konterrevolution ist? Da man nun beides propagiert: „Hände weg von Sowjet-Rußland“ (und zu gleicher Zeit feststellt, daß es ein Sowjet-Rußland nicht gibt) und zum anderen den Kampf gegen die Konterrevolution in Rußland und gegen ihre Regierung, so hilft auch die „vorsichtigste“ Formulierung nicht darüber hinweg, daß diese Taktiker noch immer nach den Türen zum Ekki blinzeln, und jederzeit bereit sind, mit anderen Zungen zu reden, wenn es „taktisch“ notwendig ist. Die Proletarier der KPD. müssen hier einhaken und diesen verstockten Herrschaften die Zunge lösen. Die Genossen der KAPD. werden ihnen dabei helfen. Die Arbeiterbewegung ist letzten Endes kein Theater für berufsmäßige Taktiker.

Vitus Heller und KPD. Arm in Arm

Am 23. 6. 27 hatten wir Weddinger Arbeiter Gelegenheit, die merkwürdige Gestalt des Vitus Heller von der Christlich Sozialen Reichspartei, den Bettgenossen des KodW. der KPD., kennenzulernen. In langen 3 Stunden beschäftigte sich der gute Mann mit dem schlechten Groß— und Finanzkapital. Als ihm die Frage des Klassenkampfes gestellt wurde, erklärte er: Ich als Führer lehne den Klassenkampf ab. Da das Kapital den Klassenkampf führt mit uneingeschränkter Schärfe, aber das Proletariat praktisch sich in der Verteidigung befindet, und so von einem Klassenkampf des Proletariats die Rede sein kann. Praktisch kann das Proletariat den Kommunismus nicht verwirklichen. Als Beweis führte er die kapitalistische Wirtschaft in Rußland an. Weiter führte er aus: Als guter Christ begrüße ich die Sammlung für den Bau einer neuen Kirche in Rußland. Hier ist zu sehen, daß der ideelle Glaube an Gott seinen festen Boden faßt, darum begrüße ich die Haltung der russischen Regierung. Ich verteidige auch nicht den Bolschewismus, sondern das Rußland von heute; meine Brüder, das Rußland von 1923 bis heute. Ich habe mit dem Kommunismus nichts gemein.“

Nun folgte die Diskussion der Redner. Als erster sprach das Mitglied der KPD., Vorsitzender des Kodewe, Lück. Er begrüßte seinen Busenfreund, verhimmelte die Einheitsfront mit Vitus Heller und begrüßte die Ausführungen in den besten Farben, griff die Genossen, die sich gegen Parlamentarismus und Gewerkschaften aussprachen, aufs schärfste an, da sie die „schöne Einheitsfront“ störten. Dann sprach ein Genosse der EL. Er verlangte, daß Vitus Heller Rechenschaft ablegen soll vor den Proleten, warum er in Catrop-Rauxel Arbeiter wegen Gotteslästerung vor Gericht gezogen hätte. Er und seine Genossen lehnen die merkwürdige Einheitsfront mit dem katholischen Pfaffen ab; die Arbeiterschaft wird den Leidensweg solange gehen, bis sie dazu übergeht, sich in den Betrieben zusammenzuschließen als Betriebsorganisation. Aktionsausschüsse wählt und den Sturz der kapitalistischen Ordnung im Betrieb vorbereitet.

Dann nahm Vitus das Schlußwort, erklärte zu dem Angriff des Genossen der EL.: In Castrop-Rauxel fand eine öffentliche Versammlung statt. Zwei Mitglieder der KPD. hatten sich über den Kongreß der Werktätigen scharf in den Haaren. Der linke Genosse griff die Kirche gotteslästernd an. Er (Vitus Heller) und der Genosse der KPD. wiesen diesen gotteslästernden Angriff zurück. In dieser Versammlung waren zwei Kriminalbeamte, die nach den Anwürfen des Redners die Genossen der EL. verhafteten.

Es lebe die katholische Kirche, ihr Verbündeter, die KPD., und der Kongreß der Denunzianten!

„Leichenfledderer“

So ließ sich die „Rote Fahne“ in der Nr. 134 vom 10. Juni aus. Es geht um den Fall Sylt, die Witwe und die Kinder Sylts und den sogenannten „Syltfonds“ der KPD. Die Erwiderung hierauf hat sich verzögert. Doch sei hierzu gesagt, daß sich nach genauen Erkundigungen die Behauptungen des Genossen Wingering vollinhaltlich als wahr erwiesen haben.

Die KPD. und Rote Hilfe schlachtet den toten Revolutionäre Sylt für die Moskauer Parteigeschäfte aus, obgeich sich Sylt in der Märzarktion 1921 von der KPD. abwandte und eine Stellung zu den revolutionären Notwendigkeiten einnahm, welche die KPD. ablehnte und erst recht heute ablehnt. Die Hinterbliebenen Sylts aber existieren nicht für die KPD. und R. H. Dabei hat die KPD. vor der Oeffentlichkeit verantwortlich zu Sammlungen für die Frau und die Kinder Sylts aufgerufen. Es ist nicht wahr, daß, wie die „Rote Fahne“ schreibt, nur 14 000 Mk. gesammelt worden seien, sondern — laut Angabe der Frau und der Kinder Sylts — noch weitere mehr als 9000 Mk., zusammen also über 23 000 Mk. Die KPD. gibt in der „R. F.“ zu, hiervon nur 1000 Mk. an Frau Sylt gezahlt zu haben. Dabei stellt sie es so dar, als ob die Frau nur diesen Betrag verlangt habe. Das ist natürlich nicht wahr. Sondern Frau Sylt hat einfach nicht mehr bekommen, trotzdem sie darum bat, weil sie krank und erwerbslos, geächtet, nicht wußte, wie sie mit ihren Kindern leben sollte. Und auch nur, um nicht das alles gesammelte Geld, das ja für sie gesammelt war und ihr zustand, zu verlieren, hat sie darauf gedrungen, daß ein Teil auf fällige Hypotheken eingezahlt werden sollte. Aber von dieser Angelegenheit — angeblich sollen 4000 Mk. sichergestellt sein — hat Frau Sylt seit Jahren nichts gehört. Und nun gebraucht man die Ausrede, die restlichen Beträge des Syltfonds — also über 19 000 Mk. — seien durch die Inflation verloren gegangen. Wem soll das einleuchten? Sind die verantwortlichen Leute denn so ganz dumm? Man hat also jahrelang die Frau Sylt in bitterster Not mit ihren Kindern darben und das Geld dann angeblich verfallen lassen. Das ist, wenn nicht Unsinn, so doch Gemeinheit.

Die KPD. macht auch weiter geltend, man hätte keine Verpflichtung gegen die Frau Sylt gehabt, weil sie nicht Mitglied der KPD. sei, also darum der „Bewegung“ feindich gegenüberstehe. Ist das ein Argument? — Die Gelder zum Syltfonds sind für die Witwe Sylt schlechthin gesammelt worden und **nicht für das KPD.-Mitglied Frau Sylt**, erst recht nicht für die KPD.! Die KPD. tut gerade so, als ob das Geld, das **die revolutionäre Arbeiterschaft aufbringt, ihr Geld sei**, mit dem sie schalten und walten könnte, als ihr das im engsten Parteiinteresse beliebt.

Man frage einen politisch interessierten Menschen, zähle er sich nun zur KPD. oder nicht, und er wird sicher der Meinung sein, daß die Hinterbliebenen Sylts reichlich von der KPD. (R. H.) unterstützt worden seien und daß sie noch heute ebenso reichlich unterstützt werden. Nun ist das aber alles nicht wahr!

Man stelle sich vor, was für ein Geschrei die KPD. und R. H. anstimmen würde, wenn etwa die „VRUK.“ sich solche Machenschaften hätte zuschulden kommen lassen.

Die Funktionäre der „Roten Hilfe“ haben in öffentlicher Diskussion es grundsätzlich abgelehnt, sich für den „Syltfond“ auch nur zu interessieren. Gerade sie haben darauf hingewiesen, daß der „Syltfond“ **alleinige Angelegenheit der KPD.** sei. Nichts kennzeichnet besser die Verbundenheit der RH. mit der KPD. und ihre Abhängigkeit von der Partei. Dabei aber sagt man, die „Rote Hilfe“ sei überparteilich und stütze und unterstütze **alle** Opfer des revolutionären Klassenkrieges **ohne Unterschied der Parteilegitimation.**

Wer's glaubt? — Die Tatsachen sprechen dagegen. Die Witwe Sylts war auf der Redaktion der „Roten Fahne“ gewesen und hat verlangt, daß eine Berichtigung aufgenommen würde, entsprechend den wahren Sach- und Tatumständen. Natürlich hat man ihr das glatt abgelehnt und ihr noch ganz besonders zum Vorwurf gemacht, daß sie sich nun — nachdem sie 6 Jahre lang stille gewesen — Personen aus Kreisen geöffnet, welche so offene Gegner der KPD. wären wie die KAPD. usw. Auf die Praktiken der KPD. und Roten Hilfe wird noch zurückzukommen sein.

Proletarisches Notizbuch

Neues Attentat in Moskau. WTB. Moskau, 27. Juni. (Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Vorsitzende der Moskauer Abteilung des Kriegsgerichts, Orloff, wurde im Gerichtsgebäude durch einen Revolverschuß verwundet. Der Täter, dessen Persönlichkeit und Motive noch nicht feststehen, wurde verhaftet. — Die Saat geht auf. Das von der Regierung lange gehätschelte und künstlich hochgezogene zaristische Kulakenpack räumt die letzten Hemmnisse aus dem Wege.

Belebung des Krieges in China. Hankau, 27. Juni. (Chines. National-Agentur.) Nationaltruppen haben Ischang besetzt. General Yangsen und seine Truppen wurden von Panik ergriffen und fliehen zurück. — Nach einer weiteren Meldung des „Daily Telegraph“ haben die Japaner in der Mandschurei ihre Truppen verstärkt und bereits begonnen, an einer Stelle Schützengräben auszuheben.

Ein neuer „Verräter“? London, 27. Juni. Wie „Daily Herald“ mitteilt, ist in London die Nachricht eingetroffen, daß Feng die Gewerkschaften in Tschengtschau aufgelöst und nach seiner Konferenz mit Tschangkaischek die Verbindung mit der nationalrevolutionären Regierung in Wuhau (Hankau) abgebrochen hat. — Feng, der christliche General, der bisher von der KPD.-Presse als Genosse angesprochen, hat nur nach den Statuten der Kuomintang gehandelt, zu denen sich die 3. Internationale auch heute noch bekennt.

Wie sie abrüsten. Auf der Flotten„abrüstungs“konferenz in Genf verlangt Amerika die gleiche Anzahl Kriegsschiffe wie England und die Erhöhung des Geschützkalibers. England sträubt sich dagegen. Die Regierung in Washington droht ziemlich unverblümt mit dem Abbruch der Genfer Konferenz falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. — Japan, der Erbfeind Amerikas, steht in dieser Frage hinter Amerika.

Riesenkundgebungen gegen den Streikrechtsraub. London, 27. Juni. In allen größeren Städten Englands fanden gestern Massenkundgebungen gegen das Antistreikgesetz statt. Selbst bürgerliche Berichterstatter geben zu, daß diese Kundgebungen die größten waren, die man in England je erlebt hat. — Die Riesenspaziergänge sind für die Katz, solange die Arbeiter hinter der Sozialdemokratie und hinter den Gewerkschaften stehen und so den Kapitalismus stützen.

Verlängerung der Krisen„fürsorge“. WTB. Berlin, 27. Juni. Der Reichsrat hat einem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers zugestimmt, durch den das Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose im bisherigen Umfange bis zum 30. September 1927 verlängert wird.

Die Hungerseuche. Den Hungertod gestorben. Der 41 Jahre alte Arbeiter Otto Schmidt brach Sonntag abend gegen 8 Uhr an der Ecke der Greifswalder und Danziger Straße in Berlin plötzlich bewußtlos zusammen. Man schaffte ihn nach der Rettungsstelle in der Winsstraße, wo der Arzt den eingetretenen Tod an Unterernährung feststellte. — Der 55 jährige arbeitslose Schlachter Otto Paetsch vergiftete sich in seiner Wohnung Schillerstraße 82 in Charlottenburg mit Gas. — Der 56 jährige arbeitslose Arbeiter Wilhelm Kotschek beging in seiner Wohnung Lothringer Straße 62 in Weißensee Selbstmord. — So sieht die demokratische Krisenfürsorge aus.

Mitteilungen

Groß-Berlin

2. Unterbezirk der AAU. Donnerstag, den 1. Juli, abends ½8 Uhr findet die Bezirkssitzung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

6. Unterbezirk der AAU. Die Mitgliederversammlung findet diesmal nicht Freitag, sondern Donnerstag, den 30. Juni, abends 7½ Uhr im Lokal Kottbusser Krug statt. Erscheinen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula..., Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur Willy Iszdonat, Berlin O 17.

8. Jahrg. Nr 50

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur“ Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Juli 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Int. Instituut oc. Geschiedenis Amsterdam

Gibts wieder Krieg?

Der tägliche „Verrat“ in China

Kuomintang-General Feng verbündet sich mit Tschangkaischek!

London, den 30. Juni. (Eigener Bericht der „Roten Fahne“.) Die aus China eintreffenden Meldungen bestätigen endgültig, daß Feng sich nach seiner Konferenz mit Tschangkaischek zur Bekämpfung der chinesischen Revolution entschlossen hat. Nach seinem gemeinsamen Manifest mit Tschangkaischek an die Hankauer Regierung, in dem sie beide den **Bruch Hankaus mit den Kommunisten, Arbeitergewerkschaften, Bauernverbänden und linken revolutionären Kuomintang-Anhängern** und den **Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente der Hankauer Regierung mit Tschangkaischek** gefordert haben, begann Tschangkaischek eine Offensive gegen Hankau, um die schwankenden und unzuverlässigen Elemente des Offizierskorps und der Kommandostellen der Hankauer Armee unter Druck zu setzen und ihren Uebergang zur Konterrevolution zu erleichtern.

Nach den letzten Meldungen, die über die Ereignisse in Hankau eingetroffen sind, scheint dieses Ziel erreicht worden zu sein. Nach den Berichten wurde in Hankau von den militärischen Spitzen der Armee, die aus ihren Sympathien mit dem Verräter Tschangkaischek keinen Hehl machten, **ein ähnlicher Umsturz durchgeführt, wie ihn Tschangkaischek und seine Anhänger vor einigen Monaten in Schanghai, Kanton und Nanking vollzogen haben.** Nach diesen Meldungen sollen bereits **Gewerkschaftsverbände in Hankau aufgelöst, ihre Lokale besetzt und das Streikpostenstehen verboten** worden sein. Den Militärputschisten soll es gelungen sein, **die bewaffneten Arbeiterabteilungen zu entwaffnen. Eine allgemeine Verfolgung der Arbeiterführer hat eingesetzt.**

WTB. Schanghai, 30. Juni. Ein Funkspruch aus Hankau besagt, **daß auf das Ultimatum Tschangkaischeks und Fenghjuhsiangs alle Angehörigen der Sowjetunion**, soweit sie nicht beim sowjetrussischen Konsul beschäftigt sind, **das Land innerhalb 24 Stunden verlassen werden. Die Abreise Borodins, des sowjetrussischen Beraters der Hankau-Regierung,** wurde für gestern abend erwartet.

Japanischen Berichten aus Hankau zufolge sind **die Streikpostenabteilungen von chinesischen Truppen aufgelöst und das Hauptquartier der Abeiter besetzt worden.** Die Führer des Allgemeinen Arbeiterverbandes seien verschwunden.

Schlag auf Schlag bricht die opportunistische China-Politik Rußlands und seiner Komintern zusammen. Der „Verrat“ Tschangkaischek im April d. Js., das heißt: der konterrevolutionäre Vorstoß der klassenbewußten Führer der chinesischen Bourgeoisie gegen die Industrieproletarier und armen Bauern war nur der erste Auftakt der gegenrevolutionären Offensive. **Wie eine Dampfwalze rollt der Kuomintang-Faschismus jetzt schon über das Gebiet der radikal-bürgerlichen Hankau-Regierung dahin und zermalmt Stück für Stück den nationalrevolutionären Block.** Von den wirklichen Sachwaltern des chinesischen Nationalkapitalismus vor das eherne Entweder-Oder gestellt, gehen die bürgerlichen Elemente des kleinbürgerlichen Wuhan-Lagers mit fliegenden Fahnen ins kapitalistische Klassenlager von Nanking über. Der christliche General Feng, der sich gestern noch als Todfeind des Henkers Tschangkaischek feiern ließ, kehrt heute die Waffen um, — um genau wie jener die rebellierenden Arbeiter und Bauern der „linken“ Kuomintang zur Raison zu bringen!

Die chinesischen Proletarier und armen Bauern, die nach dem konterrevolutionären Umsturz in Schanghai und Kanton auf Befehl Moskaus für die Hankau-Regierung durchs Feuer gingen, sind abermals grausam genarrt und betrogen: sie wollten den Teufel durch Beelzebub austreiben und sind nun aufs neue in der Hölle der Kuomintang gelandet! Wiederum verbrennen im Feuer der bürgerlichen Revolution die demokratischen Illusionen der Moskauer Internationale, und als dreckige Asche bleibt übrig der Bankrott der leninistischen China-Politik letzter Phase.

Von ihren angeblichen „Bundesgenossen“ abermals schnöde im Stich gelassen, stehen die unterdrückten Massen Südchinas erneut vor der brennenden Kardinalfrage, endlich den **radikalen Bruch mit der Kuomintang-Bourgeoisie** zu vollziehen.

Der Kampf der chinesischen Arbeiter und armen Bauern um ihre Klassenforderungen muß weitergehen, — und die elementarste Voraussetzung dafür ist, daß die Fessel der nationalrevolutionären Einheitsfront, d. h. der Kuomintang, gesprengt wird. Die proletarischen Massen Chinas müssen unter eigener Klassenfahne kämpfen — — aber:

„Das Ekki lehnt es entschieden ab, den Aufgaben der nationalen Revolution die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes entgegenzustellen.“ — Das ist die Losung, die das Maiplenum des Moskauer Ekki (laut „Rote Fahne“ vom 16. Juni) für die chinesischen Arbeiter und Leninisten herausgegeben hat! Man muß sich die ganze brutale Nüchternheit der gegenwärtigen Situation vor Augen halten, um die folgenschwere Bedeutung dieser „revolutionären“ Parole ermessen zu können:

Feng und andere Generale der „linken“ Kuomintang entwaffnen die Proletarier Hankaus, lösen die Arbeitergewerkschaften auf, besetzen ihre Lokale, verbieten das Streikpostenstehen und veranstalten Treibjagden auf die Arbeiterführer — und die Exekutive der Komintern verzichtet darauf, angesichts dieser reaktionären Offensive den proletarischen Klassenkampf zu proklamieren!

Die Noskes der „linken“ Kuomintang züchtigen die Arbeiter Hankaus mit der Geißel des konterrevolutionären Terrorismus — und die russischen Leninistenpäpste verbieten den gehetzten Arbeitern der Wuhan-Provinzen, gegen ihre Häscher das Schwert des proletarischen Klassenkampfes zu ergreifen!

Die Moskauer Ekkiführer kennen nur diesen Wahlspruch: Es lebe die („revolutionäre“) Kuomintang, — deren faschistische Generale mit dem Henkerbeil gegen die Proletarier losziehen!

Im Lande der „linken“ Kuomintang hält der weiße Schrecken seinen Einzug — und die Schalmeikapellen der Kominternsektionen blasen dazu eine Ouvertüre, die den entwaffneten und verfolgten Arbeitern Hankaus wie ein Sterbelied in den Ohren klingen muß!

„Verrat der Mitläufer“, stammelt die „Rote Fahne“ als Entschuldigung für die neueste Niederlage der leninistischen China-Politik. Jawohl, die leninistischen Proletarier, die nach dem Arbeitermord in Schanghai und Kanton für die Hankau-Regierung den Treuschwur ablegten, sind abermals tückisch verraten worden. Feng, der von den Moskauer Sendboten als „unbestechlicher“ „linker“ Kuomintangführer verherrlicht wurde, ist ebenfalls und sehr bald in die blutigen Fußspuren Tschangkaischeks getreten. Dieser neuerliche „Verrat“ kommt aber weder uns, noch den russischen Leninistenpäpsten überraschend. Schon am 26. Juni brachte die „Rote Fahne“ aus Moskau die vorbereitende Kunde: „Wir müssen auf neuen Verrat, auf neuen Abfall gefaßt sein.“ Stalin-Bucharin, die jeden Kritiker an der leninistischen Chinalinie zum „Agenten Chamberlains“ erklären, wissen nämlich sehr wohl: **Der immer wiederkehrende „Verrat“ in China besteht einfach darin, daß die Nationalrevolution jetzt eine Etappe durchläuft, wo die Klassengegensätze immer schärfer hervortreten, wo stets neue kapitalistische Kräfte der Kuomintang sich sammeln zur Niederwerfung der rebellierenden Proletarier und armen Bauern. Um ihre durch den Bürgerkrieg zerrüttete Profitordnung endlich zu stabilisieren, müssen die chinesischen Nationalkapitalisten eben ihre Bundesgenossen von gestern: die unterdrückten Massen — „verraten“.**

(Schluß Seite 2)

Sand in die Augen!

Ein Schutzgesetz gegen die Justiz. — Die Preußenregierung für Fürstenabfindung, zusammen mit Agrariern und Schlotbaronen. Die Fürsten erhalten das Freibeuterrecht.

Die Gottesgnadenmänner huldigten stets dem Grundsatz: Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.

Nachdem die sozialdemokratischen „Volksbeauftragten“ 1919 und die darauf folgenden sozialdemokratischen Regierungsmänner im Reich und in den Ländern den abgetakelten Fürsten die Millionen hundertweise in den Rachen geworfen hatten, wurden diese dreist und gingen aufs Ganze. Die von der Sozialdemokratie nach Niederschlagung der Revolution wieder ins Amt gesetzte monarchistische Justiz sprach ihnen jede Forderung zu. Eine ganze Anzahl kleiner Staaten standen durch die Habgier der Monarchen vor dem Bankrott. So schweben gegen Thüringen nicht weniger als 25 Prozesse ehemaliger Fürsten. Ihre Durchführung wäre der Bankrott des Staats und ewige Sklavenarbeit des ganzen thüringischen Landes nur für die Fürsten. Das bewog vor einem halben Jahre die sozialdemokratische und die demokratische Reichstagsfraktionen, das sog. Sperrgesetz einzubringen, das auch angenommen wurde. Das Gesetz verbietet die Geltendmachung von Forderungen vor deutschen Gerichten durch die Fürsten und Standesherren gegen die Länder. Es ist also nichts weiter als ein gesetzlicher Schutz gegen die Justiz. Die Sozialdemokratie war hier in der Lage des Faustschen Zauberlehrlings: Die ich rief, die Geister, die werd' ich nun nicht los.

Am 29. Juni hat nun der sog. Rechtsausschuß des Reichstags beschlossen, dem Plenum die Verlängerung des Sperrgesetzes um weitere 6 Monate vorzuschlagen. Herr „Genosse“ Dr. Rosenfeld hielt eine Brandrede gegen die Fürsten. Auch die thüringischen Deutschnationalen waren für die Verlängerung. Ebenso sprachen sich die Regierungen von Thüringen, Hessen, Mecklenburg u. a. für die Verlängerung aus. „Für Preußen erklärte Ministerialrat Meyer, **daß Preußen an dem Sperrgesetz**, soweit es die Fürsten betreffe, nach Abschluß des Hohenzollern-Vergleichs **kein Interesse mehr habe.** Dagegen wünsche auch die preußische Regierung wegen der Standesherren die Verlängerung des Gesetzes, da diese nicht weniger als jährlich zwei Millionen von Preußen forderten und darüber hinaus noch Ersatzansprüche zu befürchten seien.“ („Vorwärts“ vom 29. Juni, Abendausgabe.) Wir haben hier also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Sozialdemokraten der preußischen Regierung noch reaktionärer sind als die thüringischen Deutschnationalen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Preußenregierung unterstehen natürlich ebenso der Kontrolle der SPD. als die des Rechtsausschusses. Beider Votum dürfte in gemeinsamer Sitzung besprochen sein. Im Rechtsausschuß, der nur ein Vorschlagsrecht hat, kann man natürlich eine radikale Geste markieren. Das schadet die Fürsten nichts. Der Reichstag wird natürlich den Fürsten weiter Hunderte Millionen in den Rachen werfen. Die Sozialdemokratie wird, wie üblich, einige Dutzend Abgeordnete abkommandieren und die übrigen dagegen stimmen lassen, weil sie sich dann in der Minorität befinden. Als Alibi dafür, daß die SPD. „gegen die Fürsten“ ist, wird die vollständig wertlose radikale Geste im Rechsausschuß dienen. In Preußen, wo die Regierungssitze schon wacklig sind, darf die radikale Geste nicht mehr markiert werden.

Die Arbeiter haben an diesem Beispiel mal wieder die Zweiseelentheorie der Sozialdemokratie und für den demokratischen Parlamentsbetrug.

•

Der Reichstag bringt das Sperrgesetz zu Fall.

Der vorstehende Aufsatz lag uns vor, bevor der Reichstag entschieden hatte. Was darin gesagt ist, ist eingetreten. Der Reichstag hat das Sperrgesetz zu Fall gebracht. Die Zeiten der Quitzows und Itzenplitz sind damit wieder hergestellt. Mit dem Unterschied aber, daß die Freibeuter damals ihre Opfer mit bewaffneter Macht ausplündern mußten, während sie heute ihre Beutezüge auf ganz legalem Wege durch die Justiz der demokratischen Republik vollführen können. Das ist eben der Vorzug der Demokratie und ihres Parlamentarismus für die besitzende Klasse, daß die durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften demokratisierten Arbeiter-